zuführen ist, ist falsch und eine Demagogie gegenüber den empörten KPD.-Arbeitern.

Summierend können wir schließen: Die Taktik des Bündnisses einer revolutionären Arbeiterregierung mit einem kapitalistischen Staat gegen einen anderen, die Lenin selber selbst als prinzipiell unzulässig und überhaupt untauglich ablehnte, ist die Taktik einer national-revolutionären Regierung, die eine nationale Aufgabe und keine Verpflichtungen gegenüber dem internationalen Proletariat zu erfüllen hat. Als Taktik einer revolutionären Arbeiterregierung ist sie die verkörperte Konterrevolution, denn sie hat zur unvermeidlichen Folge die Ausnützung der Autorität und des Einflusses dieser revolutionären Arbeiterregierung über das internationale Proletariat für die Herstellung des Burgfriedens mit der Bourgeoisie des verbündeten kapitalistischen Staates.

Hirtsiefer

Der Name Hirtsiefer ist für die Leser der „Roten Fahne" zum Programm geworden, so etwa wie „Sowjet"rußland und die chinesischen Generale. Seit Wochen kommt der Name Hirtsiefer in dem deutschen Ableger der „Prawda" täglich mindestens fünfmal in fingerdicken Schlagzeilen vor. Hirtsiefer ist — entgegen „Sowjet"rußland und China — der meistgehaßte Mann der 100prozentig durchbolschewisierten Fanatiker. Hirtsiefer schreien seit Wochen alle Litfaßsäulen, RFB.-Trommeln und -Schalmeien.

Was ist's mit dem Hirtsiefer?

Herr Hirtsiefer ist „Wohlfahrts"minister der preußisch-demokratisch-sozialdemokratischen Kapitalsregierung und hat eine Verordnung erlassen — ohne das Parlament — nach welcher gewerbliche Räume — Läden und Industriewerkstätten — aus der Zwangswirtschaft herausgenommen, also gekündigt und in der Miete gesteigert werden können.

Das ist alles!

Die deutschnationalen Wähler, die von der Auswucherung der Arbeiter einen herrlichen Tag leben, können von den Hanspaschas geschröpft werden, soweit sie es ertragen.

Und zum Schutze dieser reaktionärsten kommunistenfresserischen Krämer macht die KPD. seit Wochen ein Geschrei, als hätte Rußland die Gehälter gesperrt. Um der Krämer willen führt die KPD. seit Wochen Redeschlachten in Versammlungen und im Landtag. Um der Hirtsiefer-Verordnung wegen hat es im Landtag blutige Köpfe gegeben, wurde Herr Kellermann, vom Rußland angestellter Außenhandelsbeamter und Landtagsabgeordneter, von einem Landtagsdiener verprügelt und wurde dafür noch für 8 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen. Um der Prügelei wegen versprach der Landtagspräsident wiedervorkommendenfalls die Schupo zur Hilfe zu nehmen. Um Kellermanns Prügel wegen soll eine Verordnung erlassen werden, die ausgeschlossenen Parlamentariern die Diäten und die Freifahrkarte entzieht.

Daß es um Hirtsiefer keine Revolution geben wird, liegt einzig daran, weil ohne Diäten und Freifahrkarte die Parlamentarier keine Revolution anordnen können.

Es muß immerhin schlecht bestellt sein mit der Lenin-Religion der Arbeiter-Mitglieder der KPD., daß diese um die Seelen des monarchistischen Krämerpacks werben muß zum Stimmenfang für die nächsten Wahlen. Die Proletarier aber sollten bedenken, daß das kleine Ausbeuterungsziefer der gefährlichere Feind der proletarischen Befreiung ist. Die Krämer sind es, die bei allen Rebellionen die Bütteln, die Teno und Einwohnerwehren, die Schutzgarden für das Großkapital abgeben. Mit dem Großkapital würde das Proletariat leicht fertig. Die Kapitalschädlinge, Trustmagnaten haben so einen feinen Geruch, daß sie Pulverdampf nicht riechen, geschweige kann ein Schießgewehr handhaben können.

Da aber liegt auch der Hase im Pfeffer! Die KPD. muß im Interesse des russischen Aufbaues das Großkapital schützen und deshalb tritt sie für dessen Stützen ein.

Der Berliner Arbeitsmarkt

Die Berliner Arbeitslosenstatistik weist für die vorige Woche eine Verminderung der Arbeitslosenziffer um 120 auf gegen 9091 in der vorhergehenden Woche. Die Zahl der von der Erwerbslosen-„fürsorge" ausgeschlossenen Unterstützungsempfänger ist wieder um 6364 gestiegen. Es handelt sich dabei wohl fast durchweg um Proletarier, die ein volles Jahr Unterstützung bezogen haben, die also schon vollständig verelendet sind. Von den „Ausgesteuerten" haben die Bezirksämter der Stadt Berlin 270 und die Krisenfürsorge 1995 auf. Diese beiden Kategorien sind die 120, die die Statistik gegenüber der Vorwoche weniger aufweist, also 2265 gegenüber 1835, von den 6364 Ausgesteuerten abgesehen, von zusätzlich 4429 Erwerbslose, die insgesamt weniger unterstützt wurden als in der Vorwoche. Dazu kommt noch die Zahl von 261, die gegenüber der Vorwoche weniger Notstandsarbeiten weniger beschäftigt wurden. Da zu Notstandsarbeiten vorwiegend „Ausgesteuerte" herangezogen werden, beträgt die Zahl der in voriger Woche neu aufgetretenen Arbeitslosen entweder 261 oder 2265. Auch ohne die von den Gewerkschaften vorgeschlagene, geförderte und gesetzliche „Erwerbslosenversicherung".

Nach dem Bericht des Berliner Landesarbeitsamtes waren in Berlin am 19. Februar 274 783 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 274 903 in der Vorwoche. Darunter befanden sich 165 347 (184 041) männliche und 89 436 (90 862) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 120 178 (124 354) männliche und 53 211 (55 289) weibliche. Insgesamt 173 389 (179 753) Personen. Außerdem wurden noch 36 918 (36 648) Personen durch die Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin und 24 978 (23 532) Personen durch die Krisenfürsorge unterstützt. Bei Notstandsarbeiten wurden 2019 (2280) Personen beschäftigt.

Die Statistik der Umstehenden, die wir schon des öfteren gebracht haben, tritt in der Berichtswoche wieder scharf in Erscheinung. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen ist wieder um 3006 gestiegen, während die Zahl der weiblichen Arbeitslosen um 1576 sank.

Die Bewegung am Berliner Arbeitsmarkt lehrt das Proletariat dreierlei:

Erstens die Tendenz der Rationalisierung: Hinauswurf der männlichen Arbeiter und die stärkere Ausbeutung der billigeren weiblichen Arbeitskraft.

Zweitens: Daß die Arbeitslosigkeit trotz der „Statistik" des Berliner Arbeitsamts steigende Tendenz hat.

Drittens: Die Blüte der Berliner Metallindustriellen für weitere „Rationalisierungen", d. h. Lohnabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Um dies zu erkennen, müssen wir zurückrollen auf die Bewegung am Berliner Arbeitsmarkt in der Vorwoche. In die Berliner Metallindustrie eben dieses Blick werfen und ebenso in die Nadelstichtaktik der Gewerkschaftsführer.

In der Vorwoche nahm die Arbeitslosenziffer in Berlin um rund 9000 ab. Die Wirtschaftslage gibt dafür keine Erklärung, wohl aber der Arbeitsbeginn. Die Arbeiter begannen sich ganz instinktiv zu rühren gegen den ungeheuren Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen. Um eine Explosion zu verhüten, um Ablenkung zu schaffen und die Unruhe der Arbeiter in die gewerkschaftlich-schiedsgerichtlichen Geleise zu lenken und dort verlaufen zu lassen, hat der Metallarbeiterverband den Lohntarif zum 31. März gekündigt. Die Gewerkschaftsbesitzer rechnen damit, daß bis dahin die Kämpfe der Metallarbeiter in Sachsen und die kleineren, lokalisierten im Reich niedergeschlagen und die Arbeiter unterlegen, ausgehungert und abgekämpft in die Betriebe zurückgekehrt sein werden und daß dann die Berliner Metallarbeiter durch einige Abstimmungen zur „Ruhe und Ordnung" gebracht werden können.

Die Unternehmer der Berliner Metallindustrie arbeiten mit dem Unternehmertum in dieser Richtung durch gemeinsame Sitzungen Hand in Hand. Die Metallindustrie hat seit der Tarifkündigung flott Arbeiter eingestellt. Die 9000 der Vorwoche entfallen zum größten Teil auf die Metallindustrie. Nach dem Ausweis des Berliner Arbeitsamts entfielen von den 9000 Einstellungen der Vorwoche allein 2700 auf gelernte Metallarbeiter. Außerdem läßt die Metallindustrie seit der Tarifkündigung in nie dagewesenem Ausmaße Ueberstunden arbeiten. Es werden die dringendsten Aufträge aufgearbeitet und dann können die Metallarbeiter in Berlin streiken nach Herzenslust. Die Unternehmer werden dabei keinen Hunger leiden. Und der englische Bergarbeiterstreik, der Hamburger Hafenarbeiterstreik und der jetzige sächsische Metallarbeiterstreik genügen als Beweis dafür, daß auch die Berliner Metallarbeiter isoliert, sanktioniert, gewerkschaftsdiszipliniert verbluten werden, wenn — sie nicht das Schwergewicht ihres Kampfes darauf verwenden, zuerst die Gewerkschaften zu zertrümmern, um dann als kämpfende Arbeiter die Solidarität der Arbeiterklasse aufzurufen und als Klasse den Machtkampf aufzunehmen.

Aus der Bewegung

Hamburg

Vorwärtshetze, Sowjetgranaten und Proletariat.

Unter obigem Thema hatten die Ortsgruppen der KAPD. und der Allgemeinen Arbeiter-Union am Dienstag, den 15. d. Mts., zu einem öffentlichen Diskussionsabend eingeladen. Der Referent bewies an Hand eines reichlichen Materials, daß Rußland die Reichswehr bewaffnet und diese Tatsache in der Entwicklung Rußlands zum Kapitalismus begründet liegt. Es gehört zu den Erfordernissen eines kapitalistischen Landes, daß bei dem Versuch, Absatzgebiete sich zu erobern, es sich bestimmter politischer Mittel bedienen muß, um im Konzert der kapitalistischen Mächte die Gegensätze ausnutzend, sich selbst eine Position zu schaffen. Daher für Rußland Bündnis mit den unterdrückten Völkern. Die Komintern mit ihren Sektionen als die leichte Kavallerie für die Außenpolitik Sowjetrußlands muß daher bei allen Mächten, die für Rußland bündnisfähig sind, die Proletarier für die Verteidigung ihres Vaterlandes einspannen. Die KPD. hat schon längst ihren 4. August erlebt; während des passiven Widerstandes war sie die nationalste Partei Deutschlands. Also konstatieren wir, die ideologische Einheitsfront mit der SPD. Die KPD. hat daher keinerlei Ursache, sich über die Vorwärtshetze zu beklagen. Die SPD., die von der Errichtung einer Militärindustrie in Rußland gewußt, ja, sie unter der Aegide Eberts bewußt gefördert hat, griff zu diesen Enthüllungen, um ihre durch die letzte Regierungskrise erschütterte Position zu verbessern und durch einen Druck auf die Regierung als Machtfaktor sich aufzuspielen. Die KAPD. hat die Pflicht, da die Enthüllungen der SPD. auch den Zweck haben, den Kommunismus zu diskreditieren, diese Dinge vor dem Forum des revolutionären Proletariats aufzurollen und einer Partei, die in den Fußtapfen der Sozialdemokratie wandelt, wie die KPD., den allerschärfsten Kampf anzusagen. Die Diskussion hatte zur Folge, daß Mitglieder des Erwerbslosenrates in Hamburg an uns herantraten und uns baten, bei den Erwerbslosen ein Referat über die Lage der Erwerbslosen und den Verrat der KPD., SPD. und Gewerkschaften zu halten.

Oeffentliche Erwerbslosenversammlung Hamburg.

In Hamburg hat sich die Erwerbslosenbewegung gespalten. Der eine Teil wird von der KPD. beherrscht, deren Rat vom Arbeitsamt anerkannt ist, während der andere Teil geführt wird von einem Konglomerat von Anarchisten, Parteilosen und ausgeschlossenen KPD.-Leuten. Diese fordern zur Bildung eines Erwerbslosen-Bundes auf. Wie sich herausstellte, war diese Versammlung nur für erwerbslose Metallarbeiter einberufen. Unser Genosse wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß, wenn die Erwerbslosen ihr Schicksal ändern wollten, sie sich darüber klar werden müßten, daß ihr Los mit dem der Arbeitenden in den Betrieben aufs engste verbunden ist, und daß die Erwerbslosen wie das gesamte Proletariat mit dem Berufsdünkel aufzuräumen haben. Nicht sektionsweise nach Berufen, sondern ohne Unterschied der Beschäftigung auf den Nachweisen und in den Betrieben muß sich das revolutionäre Proletariat zusammenschließen. Die Betriebsorganisationen auf der Grundlage des Rätesystems aufgebaut, sind die Waffe, mit der das Proletariat imstande ist, dem Kapitalismus zu Leibe zu gehen. Der Kapitalismus, der sich in seiner Krise windet, stößt immer größere Massen auf die Straße. Die Erwerbslosigkeit ist Dauerzustand geworden. Die sogenannten Klassenkampforganisationen sind ein Stück des Kapitalismus und in den Spitzen mit ihm zusammengewachsen. Sie sind gezwungen, im Interesse des Wiederaufbaues das Proletariat bei der Stange zu halten. Alle Maßnahmen, die der Kapitalismus getroffen, oder die er jetzt trifft, um durch die Rationalisierung seine Konkurrenz- und Lebensfähigkeit zu heben, findet die Förderung der Gewerkschaften. Auf der andern Seite sorgt die SPD. mit Unterstützung der KPD. dafür, daß alle Rebellionen des Proletariats im Keime erstickt werden. (Siehe Hamburger Hafenarbeiterstreik.) Bei der Schilderung der Rolle der Moskauer Sozialdemokratie fing eine Kolonne, die zum Sprengen von dem gesamten Erwerbslosenrat Bestellt war, an zu toben. Einige Reichsbannerer und Sozialdemokraten verteilten die Anwesenden. Unser Genosse war imstande, durch einen Appell an die bewußten Proletarier sich durchzusetzen und den lamatisierten Proletariern der KPD. klarzumachen, daß ihr Gebaren nichts mit Klassenbewußtsein zu tun hat, sondern eine Art religiösen Wahnsinns darstellt. Er zeigte dann auf, daß die Einheitsfront, die von der KPD. erstrebt wird, die Einheitsfront mit der Konterrevolution ist, und schloß damit, daß man mit dem gemeinschaftlichen Einigkeitsliedchen aufräumen muß, daß das revolutionäre Proletariat sich erst klar werden muß über seine Aufgaben, um dann zielweisend im Kampfe vorzugehen. Die Mehrheit des Proletariats zu sammeln. Die darauf folgende Diskussion zeigte, wohin die verbrecherische Taktik der Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterverräter das Proletariat treibt. Die Moskauer Sozialdemokraten versuchten, nachdem ihr Bürgerschaftsmitglied Becker sich ausgeschimpft hatte, die Versammlung zu sprengen; mit dem üblichen Kriegsgeschrei von Himmel vom Roten Jungsturm und die Gläubigen Moskaus ab. Die denkenden Proletarier, die in erheblicher Anzahl zurückgeblieben, gaben ihren Abscheu über dieses Gebaren der KPD. in Einheit mit RFB. und Reichsbanner kräftigen Ausdruck. Nunmehr konnte die Diskussion fortgesetzt werden. Fast alle Diskussionsredner waren mit dem Referenten darin einig, daß mit dem Berufsdünkel aufgeräumt werden müßte und die Erwerbslosen keine Sonderinteressen neben den anderen Proletariern hätten. Sonst zeigte die Diskussion ein buntes Durcheinander. Politisch Geschichtslose, Anarchisten, Physikraten, Band der Parteilosen und Syndikalisten gaben ihre Heilswahrheit zum Besten. Die Ausführungen des Syndikalisten verdienen aber noch besonders hervorgehoben zu werden. Er stellte ganz frei und brav die Behauptung auf, daß sich der Kapitalismus in seinem Aufstieg befinde und sehr wohl imstande sei, die Bedürfnisse der breiten Massen zu befriedigen durch Steigerung der Löhne etc. Wäre also der Kapitalismus in der Lage, sich einen inneren Markt zu schaffen, und damit hoppla sich an dem eigenen Schopf nehmend, aus dem Sumpfe herausziehen. Ein Genosse der Allgemeinen Arbeiter-Union bewies den Proletariern an Hand des verzapften Irrsinns seiner Vorredner, daß das Proletariat sich nicht für alle möglichen Wolkenkukucksheimschäden einsetzen könne, sondern daß es darauf ankomme, nicht nur die Dinge zu erklären, sondern sie zu ändern, daß gerade die Erwerbslosen als diejenigen, die am meisten gedrückt sind, durch ihren Zusammenschluß auf der Grundlage der Allgemeinen Arbeiter-Union den Hebel für das Vorwärtstreiben der proletarischen Revolution bilden würden. Die Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiterunion werden mit allen Mitteln versuchen, die revolutionäre Bewegung des Proletariats auf den Boden des Klassenkampfes zu bringen und durch ihre Propaganda sowie die Tat die wirkliche revolutionäre Einheitsfront erstehen zu lassen.

Der „Klassenkampf" der KPD.

Mit chinesischen Generalen und Feudalherren.

Von einem Teilnehmer an dem Chinesenrummel der KPD. wird uns geschrieben:

Ave imperator, morituri te salutant
Heil Dir, Kaiser, die dem Tode Geweihten grüßen Dich!

So größen die zu den blutigen Kampfspielen bestimmten Sklaven im alten Rom den gnädigen Herrn, zu dessen Unterhaltung zu sterben sie die hohe Ehre hatten. Olle Kamellen? Durchaus nicht! Sogar äußerst aktuell. Es ist eine Affenschande, daß es heute noch Proleten gibt, die noch nicht einmal soviel Idealismus im Leibe haben, freudig, ohne den geringsten kritischen Gedanken, ihre ganze Kraft, ja, ihr ganzes Leben für die Nep-Bourgeoisie hinzugeben. Es ist traurig, wenn Proleten immer an sich selbst, an ihre eigenen Interessen denken und außerdem ist es antibolschewistisch. Das große Ereignis, daß zwei richtiggehende chinesische Generale in Berlin zu Proleten gesprochen haben, muß nun auch dem letzten Proleten die Augen geöffnet haben. Die großen Ankündigungen in der „Roten Fahne" haben keine Enttäuschungen gebracht. Zwei große Massenkundgebungen hatte uns die Zentrale gnädigst gewährt. Das große, ergreifende Erleben dieses Abends wird allen Anwesenden in dauernder Erinnerung bleiben.

Es ist nicht möglich, all das Erlebte in Worten wiederzugeben. Beschränken wir uns also auf einen trockenen Bericht. Dekoration großartig — viel rotes Tuch — der Hintergrund der Bühne: Eine Landkarte mit „Sowjet"rußland und der Aufschrift: „Hände weg von Sowjetrußland"!

Links und rechts an den Kulissen: Bilder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, seitlich der Bühne ein Riesenbild von Lenin mit goldenem Heiligenschein. Auf der Bühne: RFB.-Kapelle und Festleitung. Publikum: Gut bolschewistisch Denkende, oder besser: nichtdenkende Arbeiter.

Eröffnungsmusik! — Da — da schaut alles zur Tür. — —Ein orkanastiger Sturm bricht los. — Teddy Thälmann erscheint persönlich — nickt nach allen Seiten — begibt sich auf die Bühne — —zieht sich Mantel, Jacke und Strickweste aus und zieht das Versammlungsjackett an. — Der Sturm hat sich gelegt.

2. Musikstück.

3. Musikstück.

Da — da bricht wieder ein Sturm los — — fünf leibhaftige Chinesen betreten den Saal — werden auf die Bühne geführt — ergreifender Anblick. Nun hatte aber die Regie versagt — es waren nämlich gar nicht die richtigen Chinesen, die Generale, Rittergutsbesitzer, Industriebarone usw. waren nämlich zu Ausflüchten verfallen sind. Für denkende Arbeiter ist ein solch unverschämter Appell an die Massendummheit nur ein Ansporn, nicht eher zu ruhen, bis den gewissenlosen Gliedern aus Stalin-Beamten die Maske vom Gesicht gerissen ist.

„Der Kadaver der Granatenhetze des Wels und Stampfer vergessen nur noch die Redaktionsräume des „Vorwärts"? — Gemach, ihr Herren, wir sind auch noch da!

Fest steht, daß dieser „Arbeiterstaat" den Wels und Stampfer die Munition lieferte zur Niederschlagung der deutschen Revolution! Ist dies etwa irgendwo widerlegt worden? Nein!! Fest steht, daß diese innige Verbindung von Stalin über Wels bis Seeckt bestand von 1921 bis heute! — Und daß sie noch besteht! Hat dies etwa Tschitscherin geleugnet? Nein! Hat dies etwa die „Prawda" geleugnet? Nein! Hat dies die russische Regierung geleugnet? Nein! Hat es die deutsche Bourgeoisie geleugnet? Nein! Diese Tatsache bleibt bestehen und ist nicht widerlegt, kann nicht widerlegt werden! Sie ist nach dem Programm der „3. Internationale" auch absolut korrekt. Fest steht, daß Moskau jahrelang dieselben Banden mit Waffen ausrüsten half, die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und jene unzähligen revolutionären Arbeiter hinmordeten, die heute der grüne Rasen deckt. Fest steht, daß der deutsch-russische Vertrag bis heute fortbesteht, und das Proletariat ebensowenig hinter die Kulissen dieses Vertrages sehen kann, wie es dies die ganzen Jahre nicht konnte und auch niemals können wird, solange die Bourgeoisie herrscht. Daß die Nekkarpartei mit ihren Enthüllungen nur von Ihren Verbrechen ablenken möchte, braucht dem revolutionären Proletariat keine Partei zu erzählen, die — dasselbe will!

Rußland ist bedroht? Der „Arbeiterstaat" soll verteidigt werden? Ist denn diese Schurkerei der fortlaufenden Bewaffnung der Konterrevolution gegen das Proletariat noch nicht Beweis genug, daß diese Phrase von „Arbeiterstaat" eine elende, dumme, freche Verhöhnung des Proletariats ist? Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Konterrevolution verteidigen! Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Bewaffnung der Konterrevolution, die massenweise Hinmordung des deutschen revolutionären Proletariats gutheißen. Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt eine Politik verteidigen, die auf der einen Seite das Proletariat zum bewaffneten Aufstand auffordert und auf der anderen Seite die Munitionszufuhr für die weiße Armee organisiert, und dann die zusammengeschossenen und in die Zuchthäuser geworfenen Proleten noch als Beweise für die Richtigkeit dieser Politik ins Feld zu führen sucht. Die erst zum Aufstand auffordert, sich zu gleicher Zeit mit der Konterrevolution verbündet und dieser zum Sieg verhilft, und zuletzt als Hyäne des Schlachtfeldes „Rote Hilfe" organisiert, die die verratenen Proleten noch zu bezahlen haben, damit Geld in die Kasse kommt für den immer mehr anschwellenden Beamtenklüngel. Einen solchen „Arbeiterstaat" zu verteidigen, das heißt Selbstmord begehen, das heißt die Opfer der Revolution schänden, das heißt die kommunistische, die revolutionäre Bewegung zu einer Idiotie herabzuwürdigen, das heißt den Henkern der Revolution die blutbefleckten Hände zu küssen!

Die Note des englischen Imperialismus an Rußland beleuchtet den englisch-russischen Konflikt, der kein Konflikt zwischen einem Arbeiterstaat und einem imperialistischen Staat ist, sondern ein Konflikt zwischen dem russischen und englischen Imperialismus. Dieser Konflikt ist — jetzt, nach der Niederlage des russischen Proletariats — wieder der alte Konflikt zwischen Rußland und England, der schon vor dem Kriege bestand. Moskau sucht dem englischen Imperialismus im Osten das Wasser abzugraben, es unterstützt die bürgerliche Revolution in China nicht um dieser bürgerlichen Revolution willen, sondern um der Schwächung des englischen Imperialismus willen! Moskau unterstützt nicht die erwachende Arbeiterklasse in China, sondern die chinesische nationale Bourgeoisie! Die Offiziere der Kantonarmee, chinesische Rittergutsbesitzer und Bourgeois, lassen sich mit dem Trottel Thälmann zusammen photographieren und werden zu Ehrenmitgliedern des RFB. ernannt. In den Fabriken dieser „Ehrenmitglieder jedoch werden die Kinder der chinesischen Kulis und Arbeiter mit Peitsche und Fußtritten zu unbegrenzt langer Fron gezwungen, bis sie neben den Maschinen umfallen und in den verpesteten Fabriken schlafen, bis sie wieder brutal zur Arbeit gestoßen werden. Moskau unterstützte nicht den Streik der englischen Arbeiter um der englischen Arbeiter willen! Er kam ihm darauf an, ihn möglichst lange hinauszuziehen, um durch Naphtalieferungen gute Geschäfte zu machen, und um die imperialistischen Kräfte im Lande zu fesseln. Von einem Kampf um die Revolution war gar keine Rede. Diese Methode der Ausnützung von Schwierigkeiten des Gegners ist jedem kapitalistischen Lande eigen. Die Kehrseite dieser Politik ist ja gerade die politische und militärische Unterstützung andrer kapitalistischer Länder, die einen Kampf gegen dieselben kapitalistischen Rivalen führen. Die „Unterstützung" des englischen Bergarbeiterstreiks ist aus denselben Motiven geboren wie die Bewaffnung der Reichswehr, die nur eine Seite der Unterstützung des Kapitals im Kampfe gegen Frankreich war während des Ruhrkrieges; oder die Unterstützung der türkischen Bourgeoisie, die die Kommunisten während der türkisch-griechischen Kriegsmassenweise erledigte mit Waffen und Munition des „Arbeiterstaates". Die Presse der 3. Internationale bringt über die Gefängnisgreuel in der Türkei, über die ermordeten Revolutionäre kein Wort, weil dies die Freundschaft Moskaus mit der türkischen Regierung stören würde. Diese rein kapitalistische Außenpolitik Moskaus entspricht dem kapitalistischen Gesamtcharakter der gesamten gesellschaftlichen Zustände in Rußland selbst, in dem die arbeitslosen für die kapitalistisch orientierten Bauern und die Nep-Bourgeoisie hungern, die Proletarier, ihre Arbeitskraft dem Staats- oder Privatkapital verkaufen müssen und aus deren Schweiß eine immer reicher werdende Stadt- und Dorf-Bourgeoisie Kapital akkumuliert. Eine Verteidigung dieses Rußland bedeutet eine Verteidigung der russischen Bourgeoisie und der arbeiterfeindlichen Bauern zugunsten einer anderen Bourgeoisie.

Das revolutionäre Proletariat setzt dieser konterrevolutionären Politik seine internationale Klassenkampf-Politik entgegen, dem Geschrei: Hände weg von Rußland, die Parole: Hände weg von der proletarischen Revolution.

Es gilt nicht das Nep-Rußland zu verteidigen, sondern es gilt die proletarische Revolution zu verteidigen. Moskau verbündet sich mit der einen gegen die andere Bourgeoise und möchte das Proletariat der verbündeten Bourgeoisie im Interesse des kapitalistischen Rußland zum Burgfrieden zwingen. Das Proletariat kämpft in internationaler Front gegen jede Bourgeoisie, das Proletariat eines jeden Landes gegen die Bourgeoisie auch der „unterdrückten" Länder, wie Moskau diejenigen kapitalistischen Länder bezeichnet, zu denen es in „freundschaftlichen" Beziehungen steht. Ein solch „unterdrücktes" Land war ja auch nach der Theorie Bucharins das Deutschland der überfüllten Zuchthäuser, das Deutschland des Noske-Kurses, das Deutschland des unerhörtesten weißen Terrors.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union haben den Kurs, den Moskau seit 1921 steuerte, gesehen, und 1921 den Kampf gegen diese Politik aufgenommen. Ihre Fahne ist rein! Sie haben gekämpft und kämpfen weiter für Loslösung des Proletariats von der Einheitsfront Moskau—Amsterdam, für die Loslösung des Proletariats von jeder bürgerlichen Politik. Die KAPD. kämpft nicht für die Illusion eines kapitalistischen Friedens, sondern sieht ihre Aufgabe darin, die Arbeiterklasse ideologisch vorzubereiten, um über kurz oder lang ausbrechenden kriegerischen Konflikten die ideologische und organisatorische Klassenkampfeinheit der kommunistischen Vorhut und so weit als möglich des Proletariats als Klasse überhaupt entgegensetzen zu können.

Dieser Sammlungsprozeß kann sich nur vollziehen im Kampf gegen alle offenen und heimlichen Verbrecher an der proletarischen Revolution. — Aber er wird sich vollziehen zum Schrecken nicht nur der Noske-Partei, sondern auch zum Schrecken der Moskauer Zuhälter dieser Partei, die ihre verbrecherische Politik mit den Verbrechen der Sozialdemokratie verdecken möchte. Daran werden auf die Dauer weder die KPD.-Zentrale fabrizierte Telegramme über den Fall Schanghais, noch das Ablenkungsmanöver von einem Krieg gegen „Sowjet"rußland" etwas ändern.

8. Jahrg. Nr. 16

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Februar 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 828 42.
Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der „Krieg gegen die Sowjetunion"

Ein Ablenkungsmanöver!

Mit einer geradezu krankhaften Gier stürzt sich die KPD. auf die von England an Rußland gerichtete Note. Jetzt geht der Krieg gegen den „Arbeiterstaat" los. Jetzt ja nicht mehr von den „Granaten" reden. Jetzt her die Brust, die die Kugeln auffängt, die gegen den „Arbeiterstaat" gerichtet sind, gegen das „sozialistische Land". Auch das deutsche Kapital ist mit im Bunde.

Das revolutionäre Proletariat hat ob solcher Hysterie nur ein verächtliches Lachen. Um gleich bei der Todeinschaft zwischen dem deutschen Kapital und dem „Arbeiterstaat" zu beginnen: Wenn dieser Arbeiterstaat die deutsche Reichswehr bewaffnet und dann das Proletariat aufruft zur Verteidigung des „Arbeiterstaates", der von derselben Reichswehr bedroht ist, so kann ein solcher Appell nur von den Arbeitern ernst genommen werden, die dem idiotismus der Moskauer Politik bereits rettungslos verfallen sind. Für denkende Arbeiter ist ein solch unverschämter Appell an die Massendummheit nur ein Ansporn, nicht eher zu ruhen, bis den gewissenlosen Gliedern aus Stalin-Beamten die Maske vom Gesicht gerissen ist.

„Der Kadaver der Granatenhetze des Wels und Stampfer vergessen nur noch die Redaktionsräume des „Vorwärts"? — Gemach, ihr Herren, wir sind auch noch da!

Fest steht, daß dieser „Arbeiterstaat" den Wels und Stampfer die Munition lieferte zur Niederschlagung der deutschen Revolution! Ist dies etwa irgendwo widerlegt worden? Nein!! Fest steht, daß diese innige Verbindung von Stalin über Wels bis Seeckt bestand von 1921 bis heute! — Und daß sie noch besteht! Hat dies etwa Tschitscherin geleugnet? Nein! Hat dies etwa die „Prawda" geleugnet? Nein! Hat dies die russische Regierung geleugnet? Nein! Hat es die deutsche Bourgeoisie geleugnet? Nein! Diese Tatsache bleibt bestehen und ist nicht widerlegt, kann nicht widerlegt werden! Sie ist nach dem Programm der „3. Internationale" auch absolut korrekt. Fest steht, daß Moskau jahrelang dieselben Banden mit Waffen ausrüsten half, die Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und jene unzähligen revolutionären Arbeiter hinmordeten, die heute der grüne Rasen deckt. Fest steht, daß der deutsch-russische Vertrag bis heute fortbesteht, und das Proletariat ebensowenig hinter die Kulissen dieses Vertrages sehen kann, wie es dies die ganzen Jahre nicht konnte und auch niemals können wird, solange die Bourgeoisie herrscht. Daß die Nekkarpartei mit ihren Enthüllungen nur von Ihren Verbrechen ablenken möchte, braucht dem revolutionären Proletariat keine Partei zu erzählen, die — dasselbe will!

Rußland ist bedroht? Der „Arbeiterstaat" soll verteidigt werden? Ist denn diese Schurkerei der fortlaufenden Bewaffnung der Konterrevolution gegen das Proletariat noch nicht Beweis genug, daß diese Phrase von „Arbeiterstaat" eine elende, dumme, freche Verhöhnung des Proletariats ist? Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Konterrevolution verteidigen! Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt die Bewaffnung der Konterrevolution, die massenweise Hinmordung des deutschen revolutionären Proletariats gutheißen. Diesen „Arbeiterstaat" verteidigen heißt eine Politik verteidigen, die auf der einen Seite das Proletariat zum bewaffneten Aufstand auffordert und auf der anderen Seite die Munitionszufuhr für die weiße Armee organisiert, und dann die zusammengeschossenen und in die Zuchthäuser geworfenen Proleten noch als Beweise für die Richtigkeit dieser Politik ins Feld zu führen sucht. Die erst zum Aufstand auffordert, sich zu gleicher Zeit mit der Konterrevolution verbündet und dieser zum Sieg verhilft, und zuletzt als Hyäne des Schlachtfeldes „Rote Hilfe" organisiert, die die verratenen Proleten noch zu bezahlen haben, damit Geld in die Kasse kommt für den immer mehr anschwellenden Beamtenklüngel. Einen solchen „Arbeiterstaat" zu verteidigen, das heißt Selbstmord begehen, das heißt die Opfer der Revolution schänden, das heißt die kommunistische, die revolutionäre Bewegung zu einer Idiotie herabzuwürdigen, das heißt den Henkern der Revolution die blutbefleckten Hände zu küssen!

Die Note des englischen Imperialismus an Rußland beleuchtet den englisch-russischen Konflikt, der kein Konflikt zwischen einem Arbeiterstaat und einem imperialistischen Staat ist, sondern ein Konflikt zwischen dem russischen und englischen Imperialismus. Dieser Konflikt ist — jetzt, nach der Niederlage des russischen Proletariats — wieder der alte Konflikt zwischen Rußland und England, der schon vor dem Kriege bestand. Moskau sucht dem englischen Imperialismus im Osten das Wasser abzugraben, es unterstützt die bürgerliche Revolution in China nicht um dieser bürgerlichen Revolution willen, sondern um der Schwächung des englischen Imperialismus willen! Moskau unterstützt nicht die erwachende Arbeiterklasse in China, sondern die chinesische nationale Bourgeoisie! Die Offiziere der Kantonarmee, chinesische Rittergutsbesitzer und Bourgeois, lassen sich mit dem Trottel Thälmann zusammen photographieren und werden zu Ehrenmitgliedern des RFB. ernannt. In den Fabriken dieser „Ehrenmitglieder jedoch werden die Kinder der chinesischen Kulis und Arbeiter mit Peitsche und Fußtritten zu unbegrenzt langer Fron gezwungen, bis sie neben den Maschinen umfallen und in den verpesteten Fabriken schlafen, bis sie wieder brutal zur Arbeit gestoßen werden. Moskau unterstützte nicht den Streik der englischen Arbeiter um der englischen Arbeiter willen! Er kam ihm darauf an, ihn möglichst lange hinauszuziehen, um durch Naphtalieferungen gute Geschäfte zu machen, und um die imperialistischen Kräfte im Lande zu fesseln. Von einem Kampf um die Revolution war gar keine Rede. Diese Methode der Ausnützung von Schwierigkeiten des Gegners ist jedem kapitalistischen Lande eigen. Die Kehrseite dieser Politik ist ja gerade die politische und militärische Unterstützung andrer kapitalistischer Länder, die einen Kampf gegen dieselben kapitalistischen Rivalen führen. Die „Unterstützung" des englischen Bergarbeiterstreiks ist aus denselben Motiven geboren wie die Bewaffnung der Reichswehr, die nur eine Seite der Unterstützung des Kapitals im Kampfe gegen Frankreich war während des Ruhrkrieges; oder die Unterstützung der türkischen Bourgeoisie, die die Kommunisten während der türkisch-griechischen Kriegsmassenweise erledigte mit Waffen und Munition des „Arbeiterstaates". Die Presse der 3. Internationale bringt über die Gefängnisgreuel in der Türkei, über die ermordeten Revolutionäre kein Wort, weil dies die Freundschaft Moskaus mit der türkischen Regierung stören würde. Diese rein kapitalistische Außenpolitik Moska

politik wieder Asien zu. Es war selbstverständlich, daß sich Rußland zur Durchführung ihrer Eroberungen nicht der alten Methoden imperialistischer Annexion bediente. Die Eingliederung in den russischen Machtbereich erfolgte durch die Propagierung des nationalen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker, das zwangsweise zu einem Gegensatz zum englischen Kapital und einer Annäherung an Rußland führen mußte. Das Selbstbestimmungsrecht bedeutete einen Aufstieg des nationalen Kapitals, das sich zu diesem Zweck vom englischen Kapital loslösen mußte. Der Boykott der englischen Waren war die Folge. Die Kämpfe in China sind die logische Entwicklung dieses Kampfes um die Vormachtstellung Rußlands in Asien. Das kommunistische und bolschewistische Mäntelchen ist zu durchsichtig, um ernst genommen zu werden. Es wird vom nationalen Kapital wegen der damit verbundenen Unterstützung der Arbeiterschaft geduldet, zumal da es bei dem mangelhaften Zustand der Arbeiterorganisationen durchaus nicht gefährlich ist. In Europa führt Moskau den Kampf gegen das englische Kapital durch Unterstützung aller antienglischen Bestrebungen. Es versteht auch die englische Arbeiterschaft sehr geschickt für ihre Ziele einzuspannen. Die Politik der gesamten Komintern ist selbstverständlich in derselben Richtung orientiert und zwar in so überwiegendem Ausmaß, daß die gesamte Analyse der politischen Lage nur unter diesem Gesichtspunkt erfolgt.

Die Entwicklung der europäischen Politik, die vom europäischen Kapital geschaffenen Führungsorgane insbesondere der Völkerbund, ist für sie ein einziger Kampf zwischen England und Frankreich um die Vormachtstellung. Den Sieg hat schließlich das französische Kapital durch die vollzogene Annäherung an das deutsche Kapital errungen. Das englische Kapital befindet sich im Zerfall. Man geht sogar weiter und erklärt, daß „in Deutschland der Ausgangspunkt der kapitalistischen Stabilisierung liegt", während „England allmählich dasjenige europäische Land wird, daß sich einer revolutionären Situation am meisten nähert und hier die Möglichkeit einer Stabilisierung überhaupt zweifelhaft wird."

Dabei ist unverkennbar, daß das englische Imperium neben Amerika noch über die meisten kapitalistischen Reserven verfügt. Der englische Bergarbeiterstreik ist dafür der beste Beweis. Kein anderes kapitalistisches Land hätte einen so riesenhaften Streik so lange wirtschaftlich ausgehalten und keine Arbeiterbewegung hätte ohne bewaffnete Auseinandersetzung eine derartige Provokation, wie es der Streik selbst und die Art seiner Beilegung war, hingenommen. Der Abschluß war ein so vollständiger Sieg der Bourgeoisie, daß die englische Arbeiterschaft dadurch auf Jahre festgelegt wird. Er war im Endeffekt eine erhebliche Stärkung des rechten Flügels der Labour Party, weil die Psyche der englischen Arbeiterschaft zu stark bürgerlich ist, um aus dem Mißerfolg nicht ein wirtschaftliches, sondern ein Klassenkampffazit zu ziehen. Ihre reformistische Tradition ist durch das Eindringen des Marxismus noch nicht überwunden. Der wirtschaftliche Erfolg entscheidet. Da aber der russische Aufstieg auf dem englischen Abstieg beruht, so muß eben der Zerfall des englischen Kapitals konstatiert und „bewiesen" werden.

Unter den gegenwärtigen Aufgaben der Komintern steht der Kampf gegen die interventionistischen Pläne des Imperialismus, also gegen England und für „Sowjetrußland". Dagegen wäre an und für sich nichts einzuwenden, wenn sich der Kampf der Arbeiterschaft nicht darauf beschränken soll, einen neuen nationalistischen Kapitalismus aus der Feuertaufe zu heben und er ein Teil des revolutionären Klassenkampfes gegen das Kapital wäre.

Der Gegensatz in der gewerkschaftlichen und parlamentarischen Politik braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Die völlige Unbrauchbarkeit der Einheitsfrontaktik für den revolutionen Kampf und der Zweck der Verlegung des Schwergewichts des Klassenkampfes in die Gewerkschaftsbewegung ist von uns so eingehend und gründlich auseinandergesetzt worden, daß eine erneute Stellungnahme nicht erforderlich ist. Der Kampf Moskaus gegen die Sozialdemokratie ist zu einem Kampf um die Sozialdemokratie geworden. Die 2. Internationale mit ihrer nationalen Politik soll aus einem antirussischen Faktor zu einer Stütze der russischen Außenpolitik ausgebaut werden. Es wird deshalb ein einwandfreies innenpolitisches Programm aufgestellt, dem als außenpolitische Parolen „gegen Paneuropa, für die Vereinigten sozialistischen Staaten von Europa" und „gegen den Völkerbund den Bund der Sozial. Sowjetrepubliken" angehängt wird. Man unterscheidet dabei imperialistische und unterdrückte Staaten. Ein unterdrückter Staat trachtet danach, keine Sowjetrepublik zu sein. Es gibt also noch Etappen bis zur Sowjetrepublik. Es ist wirklich weitgehendes Taktgefühl für die 2. Internationale vorhanden.

Dem russischen Programm der Komintern muß das revolutionäre Proletariat das Programm seiner Revolution entgegensetzen, das seinen Ausgangspunkt nicht in den Interessen irgendeines Staates, sondern in der Klassenlage des revolutionären Proletariats selbst hat. Es kann nicht zu einem Anhängsel irgendeiner als revolutionärer Faktor ausgegebenen Institution angesehen werden, weil die Revolution ihre eigene Gesetzlichkeit hat, die auf der Lage des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Ordnung beruht.

Moskau versucht die proletarische Opposition gegen den Kapitalismus für seine bürgerliche Außenpolitik nutzbar zu machen, und deswegen ist der Kampf gegen diese Umbiegung proletarischer Ideologie Kampf für die Revolution.

Die Front von Pieck bis Geßler

Was hat der „Auswärtige Ausschuß" festgestellt?

Der sogenannte „Auswärtige Ausschuß" des Reichstages behandelte vor einigen Tagen die deutsch-russischen Munitionsgeschäfte. Die KPD. leistete sich hier den demagogischen Kniff, einen Antrag zu stellen, die sonst übliche Vertraulichkeit aufzuheben. Dieser Kniff soll „beweisen", daß die KPD. nichts zu fürchten hat. Die KPD. wußte natürlich, daß Geßler es ablehnen würde, in der Oeffentlichkeit über die deutsch-russischen Beziehungen zu sprechen. Deshalb stellte die KPD. den Antrag, sie wußte, er wird abgelehnt. Ein Herr Kreutzburg, der schon in einer Versammlung der KAPD. in Neukölln so in die Enge getrieben wurde, daß er nicht ein noch aus wußte, streitet sich nun mit dem „Vorwärts" herum, was er gesagt und nicht gesagt haben will. Wir machen der KPD. einen Vorschlag: **Sie möge selbst diese Vertraulichkeit brechen und den Bericht von diesem Ausschuß veröffentlichen,** dann werden die Arbeiter ja sehen, wie „rein" die KPD. dasteht.

Bis dahin nützt kein Streiten und wird an den Tatsachen nichts geändert. Auch daran nicht, daß die KPD. in einer Front mit sämtlichen kapitalistischen Parteien steht. Aus der Fülle der Aeußerungen rechtsstehender Zeitungen geben wir nachstehend einen Bericht der „Täglichen Rundschau" vom 24. Februar wieder. Die „Tägliche Rundschau" ist ein halboffiziöses Organ Streesemanns:

Die russischen Munitionslieferungen.

Der Auswärtige Ausschuß hat sich gestern in vertraulicher Verhandlung mit der Frage der russischen Munitionslieferungen beschäftigt, einer Frage, die von dem „Vorwärts" schon seit Wochen zu der denkbar breitesten und rücksichtslosesten Parteihetze gegen die Kommunisten ausgesponnen worden ist. Im Auswärtigen Ausschuß hat Reichswehrminister **Dr. Geßler eine Erklärung abgegeben, über deren Inhalt Stillschweigen bewahrt wird.** Außerdem hat auch der **frühere Reichskanzler Dr. Wirth** das Wort ergriffen, sicher keine ganz zufällige Erscheinung. Durch die gestrigen Erörterungen im Auswärtigen Ausschuß ist diese Angelegenheit erledigt. Es bleibt nichts übrig, was die früheren Regierungen oder das jetzige Kabinett irgendwie belasten könnte. Auch außerpolitisch ergeben sich aus dem Falle keine Komplikationen. Die Dinge liegen so klar und einwandfrei, daß die Regierung nicht einen Augenblick zu zögern braucht, ihre gestrigen Erklärungen in aller Oeffentlichkeit zu wiederholen. Es versteht sich aber von selbst, daß sie an diplomatischen Rücksichten gebunden ist und deshalb dem Geschrei der Sozialdemokraten gegenüber weiter Stillschweigen bewahren muß. Die sozialdemokratische Presse hat diesen Umstand bisher offenbar mit Bewußtsein ausgenutzt.

Soweit man den wirklichen Tatbestand übersehen kann, handelt es sich um Munitionsbestellungen, die in eine Zeit zurückreichen, in der im Reich Herr Dr. Wirth und in Preußen Herr Severing nicht unmittelbar an der Regierungsverantwortung beteiligt waren. Daß man die Bestellungen in Rußland aufgab, wird wohl an der damaligen Unsicherheit der innerdeutschen Verhältnisse gelegen haben. Offenbar sind dann die Bestellungen erst in späteren Jahren ausgeführt worden, **so daß die Reichsregierung (!) Abnahmen erst im vorigen Jahre erfolgten.** Gegen den Versailler Vertrag wurde mit der Abnahme der Lieferungen in keiner Weise verstoßen. Die Kontrollkommission hat die Abnahme nicht beanstandet. Irgendwelche außenpolitische Folgerungen können also aus der ganzen Angelegenheit nicht erwachsen. Wenn sich die sozialdemokratische Presse noch weiter dem traurigen Geschäft widmen will, aus dieser Angelegenheit parteipolitisches Kapital zu schlagen, so wird man sie daran nicht hindern können. Sie beweist damit nur, daß ihr jedes politische und nationale Verantwortlichkeitsgefühl fehlt. Denn wenn das Verhalten der deutschen Regierung auch völlig einwandfrei gewesen ist, so findet die sozialdemokratische Hetze in der ausländischen Presse begreiflicherweise doch ein sehr dankbares und freundliches Echo. Daran liegt den Sozialdemokraten offenbar gar nichts. **wenn sie nur ihre Kanonade gegen die Reichswehr und die Kommunisten fortsetzen können.**

Für das deutsche Kapital ist also die KPD. noch zuverlässiger und vaterlandsergebener wie die SPD. Und diese Agenten Hindenburgs wagen es, revolutionäre Proletarier als „Agenten Chamberlains" zu bezeichnen!

Feigheit

Auch eine „Verteidigung"
oder: Die Stirn der Stalin-Beamten.

Die Auseinandersetzungen in der KPD. sind für den Außenstehenden ein Schauspiel für Götter. Das neueste ist, daß Bucharin ausgeschlossen werden soll, und zwar verlangt dieser Ausschluß sogar die königliche Opposition um Urbahns-Ruth Fischer-Weber-Kötter. Sie verlangen dies wegen „Verleumdung der KPD." Bucharin hat nämlich, wie wir schon in der „KAZ." nachwiesen, die lächerlichen Dementis der Pieck und Konsorten, in denen diese die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland frech abstritten, der Lächerlichkeit preisgegeben und nachträglich nicht nur alles bestätigt, sondern von neuem als eine „revolutionäre" Tat verherrlicht.

Diese „Bestätigung" empfinden die „linken" Leninisten als eine Verleumdung der KPD. und verlangen den Ausschluß Bucharins. Damit bestätigen sie, daß Bucharin die Bewaffnung der Reichswehr zugibt und theoretisch rechtfertigt. Damit bestätigen sie weiter, daß sie an der Verheimlichung dieses Verbrechens am Proletariat ein noch größeres Interesse haben wie Moskau selbst. Aber uns genügt schon, daß sie diese Bestätigung der Bewaffnung der Reichswehr durch Bucharin mit dem Verlangen nach Ausschluß Bucharins bekräftigen. Wir stellen also fest, daß die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland weder von Moskau, noch von der königlichen Opposition geleugnet wird. Zu leugnen sucht nur noch die Zentrale der KPD., die aber zugleich gezwungen ist, Bucharin zu rechtfertigen. Sie versucht dies in einem Artikel in der „Roten Fahne" vom 12. Februar, betitelt: Die Frage des „Verteidigungskrieges". In diesem Artikel hat diese Stalin-Zentrale die Stirn zu schreiben:

„Hätten die deutschen Kommunisten 1923 sich gegen die Parole des Krieges wenden können, wenn der nationale Verteidigungskrieg ausgebrochen wäre? Hätten die deutschen Kommunisten in diesem Krieg eine defaitistische Haltung einnehmen müssen (revolutionärer Defaitismus bedeutet nicht allein den Wunsch nach der Niederlage der eigenen Regierung, der eigenen Bourgeoisie, des eigenen Landes, sondern auch die revolutionäre Arbeit zur Zersetzung der Armee an der Front)? **O nein, diese Taktik, die absolut richtig ist in jedem imperialistischen Kriege, also auch in jedem Kriege, den das heutige bürgerliche und mummelnd imperialistisch gewordene Deutschland führen wird, wäre 1923 unrichtig gewesen.** Die Kommunisten hätten 1923 im Falle eines Krieges gegen die Entente weder sich bedingungslos gegen den Krieg aussprechen, noch eine defaitistische Linie beziehen müssen und dürfen. **Unter gewissen Umständen hätten die Kommunisten 1923 für einen Krieg Deutschlands gegen die Imperialisten der Entente sein müssen.**

Bedeutet denn das soviel, daß die deutschen Kommunisten 1923 im Falle eines Krieges gegen die Entente den Burgfrieden mit ihrer Bourgeoisie hätten abschließen müssen, daß die Kommunisten ihre eigene Bourgeoisie gegen die Entente hätten unterstützen müssen?

Unter keinen Umständen! Würde Genosse Weber imstande sein, im Referat des Genossen Bucharin oder in den Beschlüssen des EKKI. **auch nur eine Andeutung auf die Zulässigkeit eines Blocks der Kommunisten mit der Bourgeoisie in einem nationalen Verteidigungskrieg aufzuweisen, dann hätte er das Recht, den Genossen Bucharin und der Komintern „Nationalbolschewismus" vorzuwerfen.** Die Nationalbolschewisten empfehlen 1920-21 einen Block mit der eigenen Bourgeoisie gegen die Entente und gaben also das Proletariat preis. So beurteilte die Komintern stets den Nationalbolschewismus. Natürlich, weder im Referat des Genossen Bucharin, noch in den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive ist auch nur im entferntesten der Versuch gemacht, diese Beurteilung zu revidieren."

Man muß in der Tat staunen über die Unverfrorenheit solcher Gesellen. Sie erklären selbst, daß die Ablehnung der „Vaterlandsverteidigung" **1923 unrichtig gewesen wäre,** um im gleichen Atemzuge zu schwätzen, daß das den Burgfrieden der Bourgeoisie nicht zur Folge haben würde. Diese Strategen bringen es also fertig, sich in die patriotische Einheitsfront der Kriegshetzer einzureihen und trotzdem den „Klassenkampf" weiterzuführen, und verlangen dann „Beweise" dafür, wo denn der Nationalbolschewismus sei. Sie erklären, daß sie 1923 **für einen Krieg Deutschlands gegen die Imperialisten der Entente hätten sein müssen** — und verlangen aus den Beschlüssen des Ekki eine „Andeutung" eines Blocks der Kommunisten mit der Bourgeoisie als Beweis! Man muß sich ob einer solchen Frechheit tatsächlich an den Kopf fassen. Aber woher nehmen diese Helden diese Frechheit? Sie spekulieren einfach auf die unaussprechliche Feigheit dieser „Opposition". Denn diese hätte es in der Hand, der Zentrale eine Antwort zu geben, daß dieser Hören und Sehen vergeht. Aber diese „Opposition" will ja gar keine grundsätzliche Auseinandersetzung, sondern sie sucht nur im Trüben zu fischen, indem sie ihren eigenen Anhängern die Dokumente unterschlägt, auf die die „Rote Fahne" nicht eingeht, weil sie weiß, daß die „Opposition" doch keine Beweise bringt, die das Eingeständnis der „Roten Fahne" selbst noch erweitert. Wir wollen dieser „Opposition" ein wenig helfen in ihrem „Kampf" gegen die Zentrale und noch einige „Andeutungen" machen.

Auf dem 4. Kongreß der 3. Internationale am 18. 11. 1922 führte Bucharin in seinem Referat „Das Programm der Internationale und der kommunistischen Parteien" folgendes aus:

„Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. Was später sein wird unter gewissen Kräfteverhältnissen, das können Sie sich leicht vorstellen, das ist eine Frage der rein strategisch-taktischen Zweckmäßigkeit. So soll man das im Programm aufstellen.

Bei dieser Form der Landesverteidigung, des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesen Block zum Siege zu verhelfen."

(Protokoll des 4. Kongresses der K. I., 1923, Verlag der K. I., Seite 420.)

Klara Zetkin interpretierte 1925 diese Theorie folgendermaßen:

„Deutschlands Zukunft beruht auf einer engen Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion . . . Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Wels, daß es nicht so aussichtslos ist, wie er sich das vorstellt, daß unter Umständen ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt."

(Reichstagsprotokoll, 127. Sitzung, S. 4637/8.)

Bucharin rechtfertigt diesen Burgfrieden mit der Bourgeoisie noch 1927 wie folgt:

„Wenn eine sozialistische (!) Republik zur Befreiung des Proletariats unterdrückte, darunter sogar auch bürgerliche Länder, unterstützt, Länder, die von den imperialistischen Räubern mit militärischen Mitteln geradezu abgewürgt werden, dieser Weg ist ein wahrhaft **revolutionärer Weg."**

Dieses Zitat ist einem Artikel: „Von Ruth Fischer bis Chamberlain", Inprekorr. Nr. 5 d. J. entnommen, und dieser Artikel ist eine ausdrückliche Rechtfertigung der „Unterstützung", von der die Rede ist, nämlich der Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland. Daß dies **nichts anderes ist,** als eine finanzielle Anleihe, hat Bucharin, wie oben ersichtlich, 1922 bereits ausgesprochen.

Wir könnten noch beliebig Beweise und „Andeutungen" machen, aber schon die obigen dürften für diesen Zweck genügen. Wir haben sie nur noch einmal gebracht, um zu beweisen, erstens: daß diese „Opposition" das Programm des Ekki gar nicht kennt, sonst hätte sie schon 1922 dagegen auftreten müssen.

Daß zweitens: diese Opposition jeden, der wirklich Beweise bringt, als „Hetzer gegen Rußland" anbrüllt, und gemeinsam mit den Stalinisten den „Offenen Brief" der KAPD. entweder totschweigt, oder als „konterrevolutionäres Manöver" bezeichnet. Daß jeder ehrliche Arbeiter einer solchen „Opposition", die einerseits „anklagen" will, um in die Aemter zu kommen, andererseits jedoch gemeinsam mit den Zentrale-Bonzen gegen revolutionäre Arbeiter hetzt, die weiter nichts tun, als daß sie die eigenen Anklagen dieser Opposition mit Dokumenten belegen — daß jeder ehrliche Arbeiter einem solch lichtscheuen und feigen Gesindel kräftig ins Gesicht spucken muß.

Arbeitslose, laßt Euch nicht irreführen!

Die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland wütet schon seit dem Herbst 1925. Sie wirkt verheerend auf die Arbeitslosen wie auf die Betriebsarbeiter. Die ersten verkommen immer mehr unter der Fuchtel des grenzenlosen Elendsdaseins, das ihnen die kümmerliche staatliche Unterstützung gewährt, die anderen stöhnen schwer unter der Last der Raubwirtschaft an ihrer Arbeitskraft und der elenden Löhne. So weit hat es die sozialdemokratische Logik seit 1918 gebracht. Damals, als es an der Zeit war, das kapitalistische System über den Haufen zu rennen, da mahnte die Partei der Noske—Ebert—Scheidemann zur Ruhe und Besonnenheit. Der Köhlerglaube der Mehrheit der Arbeiterschaft in Deutschland, daß man auf dem Wege der bürgerlichen Demokratie Brot, Freiheit und Frieden erreichen kann, hat sich im Laufe der Zeit als Trugschluß erwiesen. Dieser Trugschluß, 1918 von der Sozialdemokratie genährt und heute auch von der KPD. auf ihr Schild gebracht, rächte sich unerbittlich an der deutschen Arbeiterklasse. Erst auf Grund der harten und bitteren Erfahrungen der letzten Jahre kommt immer mehr jeder Arbeiter zu der Ueberzeugung, daß im Rahmen der heutigen, kapitalistischen Ordnung keine Hoffnung mehr für ihn blühen kann. Je länger diese verruchte Ordnung ihr Unwesen treibt, desto hoffnungsloser und unerträglicher muß die Lage des einzelnen Proletariers wie der gesamten Klasse werden.

Die Arbeitslosigkeit, diese schreckliche Plage für das Proletariat, ist die unumgängliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Denn im Kapitalismus haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß einerseits die Kapitalistenklasse alle Produktionsmittel wie Fabriken, Maschinen, Rohstoffe usw. in ihren alleinigen Besitz hat und daß auf der anderen Seiten dieser Ausbeuterklasse die Klasse der Arbeiter gegenüber steht, die als einziges Vermögen ihre Arbeitskraft besitzt. Wollen die Arbeiter nicht verhungern, dann müssen sie ihre Arbeitskraft, das einzige, was sie haben, den Kapitalisten anbieten. Doch nicht immer ist der Kapitalist bereit, den Arbeiter in das Sklavenjoch einzuspannen. Wenn der Kapitalist durch Einstellung von Arbeitern, um seine Maschinen in Bewegung zu setzen, die Hoffnung hat, den Schweiß und das Elend der Proletarier in bare Münze umzusetzen, nur dann erlaubt er dem Arbeiter, sich für ihn abzurackern. Aber nicht immer bestehen die Möglichkeiten, für das Kapital, Arbeiter einzustellen. In Zeiten der Krisen oder durch Einführung von modernen Maschinen ist der Anlaß gegeben, Proletarier in Massen auf das Pflaster zu werfen und am Hungertuche nagen zu lassen. Wir sehen also, daß die Tatsache, daß die Kapitalisten die alleinigen Besitzer der Produktionsmittel sind und die Arbeiter nur über ihre Arbeitskraft verfügen: dies kennzeichnet eben das kapitalistische System und die Wurzel der Massenarbeitslosigkeit. Solange also dieser Zustand andauert, solange kann die Arbeitslosigkeit nicht aus der Welt geschafften werden. Die Lage der Arbeiterklasse kann nur menschenwürdig gestaltet werden durch den gewaltsamen Sturz der bestehenden Ordnung und Aufrichtung einer neuen Ordnung, die im Dienste der Arbeiter und somit der Allgemeinheit funktioniert. Die Erkenntnis dieser Binsenwahrheit fällt natürlich den Kapitalisten und ihren Trabanten, den gewerkschaftlich-parlamentarischen Arbeiterparteien auf die Nerven. Die SPD. wie die KPD. versuchen den Arbeitslosen vorzureden, der Arbeitslosigkeit. Sie mahnt die Arbeitslosen zur Geduld und Ausdauer, obwohl der Magen schrecklich knurrt, bis der Kapitalismus sich wieder erholt hat und größere Beschäftigungsmöglichkeiten den Arbeitslosen bieten kann. Deshalb treten sie auch für die Rationalisierung ein, die doch im Endergebnis nur das Heer der Arbeitslosen vergrößert und ihr Elend steigert. Die SPD. demonstriert somit die Ausweglosigkeit für die Arbeitslosen, solange sie einen Ausweg innerhalb des Kapitalismus suchen. Allmählich verlieren die Arbeitslosen das Vertrauen und den Glauben an die Versprechungen der SPD. Aber um die langsam reifende Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit der Lösung auf dem Boden der heutigen Ordnung bei den Arbeitslosen nicht zum Durchbruch kommen zu lassen, springt die KPD. in die Bresche. Frech und verlogen, wie sie eben ist, verkündet sie dem Proletariat die Allheilmittel, die den Arbeitslosen ihr Dasein angenehmer machen sollen. In Vorbereitung zum Reichserwerbslosentag gab die KPD. ein Bündel von Forderungen heraus, die natürlich den rettenden Anker für die enttäuschten und irregeführten Arbeitslosen darstellen sollen.

Wir müssen uns leider mit den immer wieder aufgezogenem Schwindel seitens der KPD. befassen, denn die Aufgabe der revolutionären Arbeiter muß sein, den richtigen Weg aufzuzeigen, der zur Erlösung führt.

In einem Flugblatt von Mitte Februar d. J. traten die sogenannten Arbeitslosenausschüsse (verkappte Agenturen der KPD., die dem Bauernfang und der Irreführung der Arbeitslosen dienen) ein für den Ausbau der bisherigen Erwerbslosenfürsorge und gegen die geplante Arbeitslosenversicherung. Damit ist die KPD. für die Beibehaltung des bisherigen Systems des Erwerbslosenelends, daß man noch „ausbauen" soll. (Wie der „Ausbau" seitens der KPD. gedacht ist, kann man aus den Parlamentsanträgen zur Mieterfrage, zur Einrichtung von neuen Stellen für die schwarze Reichswehr usw. ersehen.) Weiter wird der Achtstundentag gefordert und gegen Ueberstunden gewettert, 36 Prozent Erhöhung der Unterstützung und gegen die Pflichtarbeit. Für Zahlung der Miete (hier muß man sich nur wundern, daß die KPD. nicht eine Mindestpension für die Arbeitslosen fordert). Die letzte Forderung ist die ersehnte Arbeiter- und Bauernregierung.

Man kann sagen, alle diese Forderungen sind schon seit Jahr und Tag gestellt worden und dennoch haben wir ein immer steigendes Elend der Arbeitslosen zu verzeichnen. Und auch bei der Arbeitslosenfrage wie überall, leistet sich die KPD. die, größten demagogischen Kniffe. Ja, fordern kann man allen, sogar das Paradies auf Erden! Ist damit der Beweis erbracht, daß die KPD. die Interessen der Erwerbslosen vertritt? Mit nichten! Entscheidend dabei ist, ob das, was eine Partei empfiehlt, tatsächlich die endgültige Lösung bringen wird. Dieser Gesichtspunkt muß eingenommen werden, wenn wir den Wert der KPD.-Forderungen einschätzen wollen.

Es ist für jeden Arbeiter klar, daß heute die Lebenslage und die Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse von der herrschenden Klasse der Kapitalisten geregelt werden. Solange die Kapitalisten an der Macht sind, solange werden nur ihre Interessen für die Gestaltung der Verhältnisse maßgebend und entscheidend sein. Deshalb müssen sogar die bescheidensten Wünsche der KPD. im Kampfe gegen die Bourgeoisie durchgesetzt werden. Und gerade das ist kennzeichnend für die Verlogenheit der KPD., daß sie sich über die Methoden des Kampfes vollkommen ausschweigt. Und wenn sie davon spricht, dann meint sie, die Gewerkschaften müssen den Kampf führen oder, man müsse Demonstrationen, Protestversammlungen veranstalten. Glaubt heute noch ein Arbeiter daran, daß die Gewerkschaften sich ihrer annehmen werden, oder daß Protestversammlungen und Demonstrationen allein die Bourgeoisie zwingen werden, den Forderungen der KPD. nachzukommen?

Versetzen wir uns in das Jahr 1918, wo die Arbeiterklasse kleine Vorteile für sich bekommen hat, die heute wieder die Sehnsucht und den Traum der beiden gewerkschaftlich-parlamentarischen Parteien bilden. Aber je mehr die Bourgeoisie sich von ihrem Schreck erholt und wieder an Macht gewonnen hat, sie rücksichtslos mit dem Abbau der sogen. sozialen Errungenschaften vorging. Daraus muß jeder Arbeiter lernen, daß die Gewährung von Vorteilen für die Arbeiterklasse seitens der Bourgeoisie nur vergänglichen Wert hat, und das geschieht auch nur dann, wenn die Kapitalisten in ihrer Existenz und den Bestand ihrer Ordnung das Schlimmste von sich abwenden wollen. Gesetzt der Fall, die Arbeiter haben die Forderungen der KPD. durchgesetzt, dann kann das Spiel, wie seit anno 1918, von neuem beginnen, so daß die Kapitalisten immer im Sattel bleiben werden und die Arbeiter ewig das Sklavenjoch tragen werden, wenn auch zuweilen das Joch nicht so drückend sein wird.

Die geschichtlichen Erfahrungen, insbesondere seit 1918, lehren uns, daß, wenn die Arbeiterklasse den Kampf um den Sturz der bestehenden Ordnung aufnimmt, was doch allein die Erlösung bringen kann, daß dann die Kapitalisten von selbst den Arbeitern allerlei Köder zuwerfen werden, um sie bei der Stange zu halten, um sich selbst vor dem Untergang zu retten. Wenn die Arbeitslosen, als ein Teil der gesamten Kampfarmee des Proletariats, auf den Sturz des Kapitalismus sich einstellen und den Kampf um dieses Ziel aufnehmen, und nicht passiv wie bis jetzt verharren, sondern durch aktives Auftreten gegen die heutige Ordnung dies bekunden, dann können sie gewiß sein, daß sie im Vorbeigehen, nebenbei, das was die KPD. fordert, erreichen können. Aber wir unterstreichen hier, daß es uns nicht, wie der KPD., darum geht, den Arbeitslosen gewisse Erleichterungen zu verschaffen sondern wir erstreben die endgültige Befreiung der Arbeitslosen vom Elend der kapitalistischen Ordnung. Deshalb auch dürfen sich die Arbeitslosen in ihrem gemeinsamen Kampf mit den Arbeitenden nicht durch vorübergehende Zugeständnisse vom Generalsturm auf die Bastionen des Kapitalismus zurückhalten lassen.

Die Praxis der Gewerkschaftspolitik

Die Abendausgabe des „Vorwärts" vom 22. Februar berichtet über den „Kampf" der Gewerkschaften im oberschlesischen Bergbau wie folgt:

Nach langwierigen Verhandlungen, die sich bis in die späten Abendstunden hinzogen, wurde schließlich vom Schlichter ein Schiedsspruch gefällt, wonach für die Untertagearbeiter ab 1. März die Arbeitszeit um eine Viertelstunde, ab 1. September um eine weitere Viertelstunde verkürzt wird. Danach würde ab 1. September für die Untertagearbeiter der Achtstundentag wiederhergestellt sein.

Beschwörung? Ach, wie wenig wurde damit bisher erreicht und wie notwendig ist es, daß alles getan wird. Die Jahrtausende lange Infektion des religiösen Giftes erschlägt man auch nicht mit bedeutendster Ueberzeugung. Die Infektion steht auch dann noch, wenn ihre ökonomische Basis schon längst zu strancheln begann.

Die Religion ist noch immer ein Faktor. Jede antireligiöse Erhebung war leider nur ein Kampf gegen die Pfaffen. Aber Religion, — Religion muß der Mensch haben! Es gibt heute sozialdemokratische Pfaffen genau so wie Arbeitermörder derselben Couleur. Und es gibt Sonnenschein, dessen größeres Raffinement schon vermag, neuen Glauben zu gewinnen. Es ist ja so billig. Einmal ein anständiger Pfaff und man labelt wie Robert Breuer. Sollte aber tatsächlich solch ein schwachsinniges Geschöpf existieren, das wirklich von seinem religiösen Mist selbst überzeugt ist, so müßte man ihm die Zwangsjacke anlegen, wie jedem anderen Gemeingefährlichen. Man hat nicht mehr über die Frage „Gott" zu diskutieren, man muß endlich mit John Most sprechen: „Wenn es einen Gott gäbe, müßte er abgeschafft werden."

Ich habe Sonnenschein und Breuer noch einmal sprechen lassen, weil jeder ihrer Sätze immerhin noch dumm und ungeschickt genug ist, um die leere Geriissenheit, Betrieb und Geschäft leicht dahinter zu erkennen. Gemug mit solchen Debatten. Wir können nicht mit Engelszungen reden, da es sowas nicht gibt. Uns bleibt kein anderes Mittel, die Religion auszurotten, als jene, womit sie eingeführt wurde: die Gewalt. Wir haben keine Zeit, nun weiter gegen Schwachsinn und Gaunertum zu plädieren, wir haben ja keine Ursache, mit Beweisen zu rollen, und vor der Zukunft kein Recht, zur geringsten Toleranz gegenüber diesen geistigen Schapoloten. Laßt sie phrasen dardiber: **ob man katholisch machen will, und was besser sei, ein guter Katholik oder ein schlechter Protestant.** Laßt sie scholastisch omanieren — aber laßt uns handeln; laßt uns sie beseitigen. Dieses Handeln wird kommen, wenn die nach Zäckerick geschleppten Steine und die Asche vermoderter Idioten nicht mehr genügend Suggestionskraft besitzen, wenn die rebellierenden Därme der Plenden Wut und Haß in die Gehirne legen. —

Noch läuft der Sonnenschein, gemästet und gewärmt in weltklösterlichen Lesehallen herum, noch fließt sein Schleim in die Druckerschwärze der Germania; noch labelte seine Jünger von „Blochwitz-Stadtkirche" in die Arbeitslosenversammlungen, um technische Hilfe zu spielen, ohne sich die Finger schmutzig zu machen. Und noch wird das alles zurechtgeschleimt von Sozialisten a la Breuer. Denn noch aber wie lange noch — sagt man zu Karfreitag: Ja, der Haferschleim, der Haferschleim hat's fein!

P. M. USA.

Für die Uebertagearbeiter blieb der Zehnstundentag oder die Zwölfstundenschicht bestehen. Es trat nur für Sonnabend eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden ein.

Bei den Betrieben mit durchgehender Arbeitszeit tritt mit der neunten Stunde der tarifmäßige Zuschlag ein, der 25 Proz. beträgt. Auch dieses Ergebnis ist unbefriedigend. Im übrigen ist der Manteltarifvertrag wiederhergestellt.

Das Kapital befiehlt, und die Gewerkschaften gehorchen! Sie haben nur die Aufgabe, nach gefälltem Schiedsspruch einen eventuellen Kampf nur verhindern. Das ist der Kampf der Gewerkschaften.

Polizeiliches aus der Granatenpartei

Gegen den Polizeiterror.

Die am 14. Februar tagende Delegiertenkonferenz des 3. Verwaltungsbezirks (Wedding), die von 194 Delegierten und ungefähr 100 Zuhörern besucht war, nahm einstimmig folgenden Protest an:

„Die Delegiertenkonferenz des 3. Verwaltungsbezirks erhebt den schärfsten Protest gegen die Polizeibrutalitäten, die am Freitag, den 11. Februar, aus Anlaß der Faschistenversammlung in den Pharassälen an der Weddinger Arbeiterschaft verübt wurden, indem im Saal und beim Ausgang Schutzpolizisten mit Gummiknüppeln auf die gegen die Faschisten demonstrierenden Arbeiter einschlugen und auf der Straße sogar in die demonstrierenden Arbeitermassen hineinschossen.

Die Delegiertenkonferenz fordert die gesamte Arbeiterschaft des Weddings auf in den Betrieben und Organisationen auf das schärfste gegen die Polizeibrutalitäten zu protestieren und in energischer Weise den Kampf gegen die immer frecher auftretenden Faschisten aufzunehmen. Die proletarische Einheitsfront aller Werktätigen muß durch ihre Kampfentschlossenheit es den Faschisten unmöglich machen, auch nur den Versuch zu einer Wiederholung solcher Versammlungen und Demonstrationen im Wedding zu unternehmen." („Rote Fahne", 18. 2. 27)

Ein Anschlag gegen die Polizeibeamten.

Diese Absichten der Preußischen Regierung stehen mit den seit Jahren erhobenen Forderungen der Polizeibeamtenschaft in strikten Widerspruch, sie sind ein schnöder Bruch der wiederholt gegebenen Regierungsversprechungen. Es ist deshalb nur zu begreiflich, daß geplant wird, das neue Gesetz unter Ausschaltung des Parlaments und damit der Oeffentlichkeit in einem mit besonderem Ermächtigungen ausgestatteten Ausschuß schnellstens durchzupeitschen. Die Kommunisten werden diese Absicht sowohl, wie auch den beantragenden Plänen der Preußischen Regierung den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Bei diesem Anschlag auf die Lebensinteressen der Preußischen Polizei genügt jedoch parlamentarische Abwehr allein nicht. Die Polizeibeamten müssen sofort durch ihre Organisationen den Druck auf die Regierung so steigern, daß sie gezwungen wird, von ihren schändlichen Plänen abzugehen und den Polizeibeamten das, was wiederholt versprochen wurde, zuzugestehen: Die Einreihung aller Polizeibeamten in das allgemeine Beamtenrechtsverhältnis ohne jede Ausnahme! („Rote Fahne", 17. 2. 27.)

Der letzte Abschnitt ist einem Artikel gleicher Ueberschrift entnommen, in dem Herr Kasper (der zwar aus dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband zur KPD. übertrat, der aber im Herzen noch deutschnational ist und deutschnationale Politik treibt), den Proletariern ausmalt, welches Unrecht die preußische Bürgerregierung ihren Beamten tun gedenkt, wie sie ihre Löhne herabsetzen, ihre Rechte zu schmälern, sie zu unterdrücken gedenkt, und wie er im Auftrage der Granatenzentrale im Parlament dagegen angekämpft hat.

Jeder Proletarier, der nicht mehr deutschnational oder auch nur weniger reaktionär ist als Herr Kasper und die anderen russischen Beamten, wird aus der Arbeitsmarktlage heraus längst begriffen haben, daß ein „Arbeitgeber", in diesem Falle die preußische Regierung, seinen „Arbeitern", in diesem Falle die Schutzpolizisten, nicht mehr bietet, als ihr Kadavergehorsam verträgt. Wenn die preußische Regierung ihren Bütteln etwas bietet, was den Granatenpolitikern das Herz im Leibe zusammenkrampft, so ist das ein Beweis, daß sich immer noch genügend Proletarier finden, um als Schupo die Arbeiterklasse mit der Waffe in der Hand in den Rücken zu fallen. Der Schupo-Beruf muß also immer noch sehr verlockend sein.

Den revolutionären Arbeitern müßte es recht sein, wenn die Zörgiebel, Grzesinski u. Co. im Auftrage der Kapitalisten die Bütteln so peitschen täten, daß sie alle davon liefen und mit den kämpfenden Proletariern gemeinsame Sache machten gegen die Ausbeuter. Dann allerdings hätte es ein Ende mit Parlamentsfriedens, mit den Profiten aus Granatengeschäften und den 1000-Mark-Monatsgehältern aus den Mitgliedsbeiträgen der Dummen. Dann hätte es ein Ende mit dem Kopfzerbrechen der Parlamentarier und den andern Granatenlieferanten um das Wohl der Bütteln, während diese die Proletarier mit Gummiknüppeln niederschlagen und während die verprügelten Proletarier sich den wunden Rücken reiben und Resolutionen annehmen gegen den Polizeiterror.

Aus der Bewegung

Wilhelmshaven-Rüstringen

Auch die KAPD. soll schweigen über die „Sowjetgranaten"! Dieses Verlangen stellte stellte der Referent der KPD. in einer öffentlichen Versammlung am 10. 2. an unsere Genossen. Das Thema „Gegenen die Regierung — für die Befreiung von M. Höltz" wurde wie heute bei der KP. allgemein üblich, oberflächlich behandelt.

Hier einiges: Die Minister taugen nichts; sämtliche Parteien, bis auf die KP., noch weniger. Nur diese allein ist seelenbrav und, deshalb her zu uns „Alle, die ihr mühselig und beladen seid" ..! Und wenn ihr geschädigt werdet im Kampfe, dann haben wir ja die „Rote Hilfe!" Diese hat jetzt auch die erste und heiligste Aufgabe, 75 000 M. zu sammeln für das Wiederaufnahmes-Verfahren von M. Höltz! Die lange Lobhudelei von H. Vogler, dem berühmten Maler, welcher seinen Barkenhof in Worpswede der RH. als Kinderheim schenkte und nur mit einer Ledertasche ausgerüstet, gen Rußland zog, sei als weiterschütternde Tatsache nur nebenbei erwähnt!

Ein Genosse der KAP. und AAU. übte an der Politik der KP. eine scharfe Kritik. Der Referent sagte in seinem Schlußwort natürlich „Oeldissige Kritik". Er wies darauf hin, daß es wohl stimme, daß das Proletariat vom Bürgerblock nichts gutes zu erwarten habe. Aber doch nicht deshalb, weil die geschäftsführenden Minister von Kapitalisten Gnaden dies oder jenes wollten, oder nicht wollten, wie die KP. sagt. Sondern sie handeln zwangsläufig nach den Erfordernissen der Profit-Wirtschaft! Wenn, wie der Referent sagte, die SPD. und Gewerkschafts-Führer durch ihre Koalitionspolitik die Mitschuld an den heutigen Zuständen trägen, was zum Teil richtig sei, so solle doch gerade dieses dem Proletariat zu denken geben. Denn auch die KPD. als Vertreter der russischen Nep-Bourgeoisie müsse sich, und mache es auch, staatserhaltend betätigen!

Beweis: Die Mitunterzeichnung von Anträgen zur Bewilligung von Mitteln für die Schwarze Reichswehr. (Torgler KPD.) Ferner seien in dem Offenen Briefe, welchen die KAPD. an die Zentrale der KP. gerichtet hätte, die schlüssigen Beweise erbracht, daß die KPD. als Kuppler zwischen der Nep-Bourgeoisie und der deutschen „Republik" tätig war oder noch wäre! Und so sei ein bißchen in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch nicht Dagewesenes zu verzeichnen, daß man auf der einen Seite geputscht habe, auf der anderen aber die Munition zur Niederschlagung beschafft habe!

Heute würde es uns klar, weshalb man damals M. Hölz in der „Roten Fahne" als Brandstifter bezeichnete! Heute vergießt man bald Tränen um ihn und anderen politischen Gefangenen; es seien aber Krokodilstränen, weil sie ja zum Teil Opfer der KPD.-Politik sind!

Im Schlußport gelang es dem Referenten nicht, die angeführten Tatsachen zu entkräften. Als er mit seiner demagogischen Behauptung, daß es Privatkonzessionen gewesen seien und die Munition für Rußland produziert sei, durch Zwischenrufe unterbrochen, nicht durchkam, meinte er nur noch: wenn ein Sozialdemokrat die Sowjetgranaten erwähnt hätte, wäre es noch zu verzeihen, aber wir müßten doch im Interesse Rußlands, des „Arbeiterstaats", schweigen. Nach dem Schlußwort sagte der Referent nochmals zu unserem Genossen. Dies durftest Du nicht tun, denn Du weißt doch . . .! Also die Moral von der Geschichte kritisiert alles, nur die KPD. nicht! Wenn sie über ihre eigenen Verbrechen schweigt, mußt ihr es auch.

Eine Bresche in Nowawes

Am 18. Februar nahm die Arbeiterschaft von Nowawes zu der Bewaffnung der deutschen Konterrevolution durch Rußland in einer öffentlichen Versammlung Stellung. Die kommunistische Bezirksleitung von Nowawes und der kommunistische Landtagsabgeordnete Sellheim waren schriftlich eingeladen, und im Gegensatz zu dem ZK. von Berlin auch erschienen. Wenn sie allerdings geglaubt hatten, mit Hilfe von Jungsturm und Rotfront die Versammlung zu terrorisieren, so hatten sie den gesunden proletarischen Sinn der übrigen Versammlungsbesucher unterschätzt. Wenn auch von einigen Zwischenrufen unterbrochen, die sich durch qualifizierte Unkenntnis auszeichneten, so lieferte doch der Redner der Partei in 1½stündigem Referat Punkt für Punkt den Beweis, daß Sowjet-Rußland die deutsche Reichswehr mit Munition beliefert hat.

Bei der Aufzeigung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeugen gab es noch einige skeptische Zuhörer, aber unter der Wucht der bolschewistischen Geständnisse brachen die letzten Zweifel an der Munitionslieferung zusammen. An der Hand eines umfangreichen Materials wurde der Nachweis geführt, daß es sich dabei nicht um einzelne Abirrungen oder Schweinereien handelte, sondern daß die Waffenbrüderschaft zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, die die Abgeordnete Zetkin im Reichstag angeboten hatte, zur programmatischen Linie der Komintern gehört.

Der Referent zeigte in seinen weiteren Ausführungen, daß ungeachtet aller imperialistischen Konflikts möglichkeiten das Geschrei der 3. Internationale „Krieg gegen Sowjet-Rußland" ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver ist, und der Kampf der KPD. gegen den Krieg sich in eine Aufforderung an den ADGB., zu verhandeln, erschöpft. Desgleichen wurde die bürgerlich-nationalistische Stellung Moskaus zu den Vorgängen in China kritisch unter die Lupe genommen. Mit einem Appell sich von allen Gefühlsregungen freizumachen und politisch zu all diesen Fragen Stellung zu nehmen, schloß das Referat unter reichem Beifall.

Zur Diskussion sprach zuerst der Abgeordnete Sellheim in 1½stündigem Korreferat. Die halboffiziöse Regierungserklärung betreffs der Granatenlieferung im „Tageblatt" und die konkreten Angaben Schneidemanns im Reichstag tat er mit einer Handbewegung ab. Schwerer lag ihm schon die Rede Koenens von „den anderen Munitionstransporten" im Magen, die nach seinem Dafürhalten stenographisch nicht richtig wiedergegeben sein müssen. Den Hinweis, daß die Reden den Abgeordneten innerhalb 24 Stunden zur Korrektur vorgelegt werden, glaubte er dadurch zu entkräften, daß die Abgeordneten oft nach ihren Reden zur Agitation ins Reich führen.

Konnte er von der Granatenlieferung kein Stück abbeißen, so klammerte er sich an den Strohhalm an die Flugzeuge der Junkerswerke. Den Schwindel der „Roten Fahne", daß es sich hier um eine private Konzession gehandelt habe, gab er preis, aber er fühlte sich ordentlich erleichtert, daß die Fabrikation dieser Kriegsindustrie ja nicht direkt funktioniert habe, daß nie mehr als wie die vertragsmäßig den Russen zuerst zustehenden 100 Stück im Jahr hergestellt worden sind.

Die Einheitsfront im Ruhrkrieg von Ruth Fischer bis Reventlow wurde als Abirrung der Brandler-Zentrale hingestellt.

Durch einen Zwischenruf wurde die Politik der parlamentarische Taktik der KPD. Dann ging er zum Gegenstoß über, indem er den Abgeordneten Katz des Spartakusbundes 2 zum Mitglieder der KAP. beförderte. Nach diesem Avancement kalauerte er dann munter drauf los über den Antiparlamentarismus der KAP. und das Einsacken der Diäten, die doch eigentlich der KPD. gehörten. Seine Unwissenheit in diesen Dingen war so groß, daß selbst die Protestrufe der Versammlung sie nicht erschüttern konnten. Je mehr er sich als ekkitrener Jünger gebärdete, um so stärker wurde die Opposition der Versammlung.

Nach ihm ergriffen noch zwei Mitglieder der KPD. das Wort, von denen Ausführungen eine Behauptung einen hübschen Witz darstellt, nämlich daß die „Rote Fahne" eine neutrale Organisation sei.

In vorgerückter Zeit zeigte der Referent im Schlußwort, wer mit der Konterrevolution im Bunde steht. Die KAP., die aufzeigt, wohin die doppelte Buchführung der Kominternpolitik, die Blocktheorie Bucharins vom 4. Kongreß führt, oder die KPD., die im Sparausschuß gemeinsam mit den Völkischen beim Militäretat die Gelder für die Führer der illegalen Verbände bewilligt. Wenn die Arbeiterklasse keinen neuen 4. August entgegengehen wolle, dann muß das Proletariat auf den imperialistischen Krieg mit dem Bürgerkrieg antworten, und ihn jetzt schon ideologisch und praktisch vorbereiten.

Die Versammlung in Nowawes hat bewiesen, daß auch hier der autoritäre Bann der 3. Internationale gebrochen ist.

Granatenmoral

Wie weit die politische Verwahrlosung derjenigen kleinen und größeren Säulen der Granatenpartei bereits gediehen ist, zeigte ein Diskussionsabend in Berlin-Friedrichsfelde. Dort trat ein „Kommunist", der die Politik der Zentrale der KPD. glaubt unbedingt verteidigen zu müssen (er heißt Buda(?) auf, und focht unter einer wahrhaft verblüffenden Methode: Er nahm Stauraugen seinen Gegnern sofort „den Wind aus den Segeln", indem er sich ganz offen auf den Boden der tatsächlichen Belieferung der Reichswehr durch Rußland mit Granaten stellte. Bis jetzt bedurfte es immer einer Aneinanderreihung von erdrückenden Beweismaterial, um den Papageien der Granatenzentrale zu beweisen, daß sie mit ihrer Blechmusik von „Agenten Chamberlains" nur zu verschleiern suchen, daß die Agenten Hindenburgs sind. Dieser wählte eine ihm günstiger scheinende Plattform und nahm zur Verteidigung des „Arbeiterstaates" die Bewaffnung der Reichswehr als Grundlage.

Von dieser „hohen" Warte aus teilte er dann die Menschen in „Kleinbürger" und richtige „Kommunisten". Wenn Rußland, so meinte er, eben zu seiner Verteidigung Munition gebraucht, und er kann sich dieselbe nur beschaffen um den Preis, daß er auch die Konterrevolution bewaffnet, so ist ein solcher Vorgang absolut korrekt. Denn wenn Rußland die Munition nicht liefert — dann liefert sie eben ein anderer Staat. Warum soll Rußland, der „Arbeiterstaat", einen Auftrag zurückweisen, der doch immerhin nicht schlecht bezahlt wird? Es wäre eine Tatsache, daß die von Rußland an die Reichswehr gelieferte Munition im Falle der Verweigerung der Herstellung durch Rußland von einem anderen Staat geliefert worden wäre. Die deutsche Reichswehr hätte also doch ihre Munition bekommen, aber — hätte Rußland nicht zugegriffen, so hätte es eine sehr günstige Gelegenheit verpaßt, sich selbst und damit die „eiserne Kohorte der Weltrevolution" zu bewaffnen. Wäre schon die „Einheitsfront mit der Sozialdemokratie" verdächtig, so wäre auch rein sachlich der von der „ultralinken" Seite eingenommene Standpunkt kleinbürgerlich. Ein wahrer Kommunist denkt ganz anders — „Hände weg von Rußland". Die Bucharinsche Theorie der Vaterlandsverteidigung sei richtig. Man müsse sich erst in die Kriegsfront einreihen lassen, um dann später den Spieß umdrehen zu können.

Auch unsere Genossen, die anwesend waren, waren enttäuscht. Wer hätte jemals geglaubt, daß sich Elemente finden würden, die eine derartige „Dialektik" vor Arbeitern zu entwickeln den Mut haben. Unter diesen Gesichtspunkten gesehen, ist es allerdings „kommunistisch", wenn man auf der einen Seite zum Aufstand auffordert, und auf der anderen Seite die Waffen- und Munitionstransporte für die Konterrevolution organisiert. Unter diesen Gesichtspunkten ist es echt „kommunistisch", wenn man die durch selbst gelieferte Granaten erledigten Proletarier als Kronzeugen für die „revolutionäre" Politik derselben Partei reklamiert, die die Konterrevolution bewaffnet. Wenn man die politischen Gefangenen, die die Zuchthäuser füllen, als Beweise anführt, wie revolutionär die Taktik Moskaus ist. Die Genossen der KAPD. und Entschiedenen Linken nagelten in sachlicher, aber rücksichtsloser Weise diese Granatenmoral fest, indem sie darauf hinwiesen, daß es nach dieser Logik kein Verbrechen am Proletariat gibt, daß nicht „kommunistisch" sei. An Hand des Beispiels in der Türkei, wo Kommunisten und rebellierende Arbeiter im Kriege gegen Griechenland massenweise gehängt wurden, ohne daß Moskaus Freundschaft zu dieser Henker-Regierung bis heute getrübt worden wäre. An Hand des Beispiels von Litauen, wo die Sektion Moskaus die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung, die nur Platzhalter der offenen Henker-Regierung war, im Interesse des „Arbeiterstaates" unterstützen mußte; an Hand der Politik in China, wo Moskau lediglich die chinesische Bourgeoisie unterstützt, ohne für das Proletariat auch nur eine einzige Forderung gegenüber der Kanton-Regierung aufzustellen, wurde nachgewiesen, daß dieses Rußland eine kapitalistisch-imperialistische, konterrevolutionäre Politik treibt, und der Gegensatz Rußland—England der alte imperialistische Gegensatz ist, den man als einen Gegensatz von proletarischer und kommunistischer Politik hinzustellen sucht, um von dem eigenen Verbrechen abzulenken. Eine Partei, die während der blutigsten Kämpfe des deutschen Proletariats gemeinsam mit der SPD. die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs bewirtete, erklärt selbst ihre gesamte Politik und deren Widersprüche.

Das Proletariat muß daraus die Lehre ziehen, daß es sich freimachen muß von dem Einfluß Moskaus und Amsterdams- um so die Voraussetzungen für eine revolutionäre Klassenpolitik in ihm zu schaffen, die allein zum Sieg führt.

Die Einwände, die der KPD.-Redner noch zu bringen versuchte, waren derart kläglich und dumm, daß seine eigenen Anhänger irre wurden. Ein großer Teil hat wohl überhaupt noch nie eine grundsätzliche Kritik vernommen. Wesentlich erscheint in diesem grausamen Spiel Moskaus, daß es, nachdem kein Blödes Leugnen mehr hilft, auch glaubt, die Proleten werden nach all dem, was sie im „Interesse der Revolution" befehlsgemäß schlucken und schlucken, auch dieses Verbrechen schlucken und obendrein mit der „Internationale" besingen. Das wäre dann der Beweis, daß die Arbeiter der KPD. durch die jahrelange ideologische Verziftung Moskaus rettungslos an Gehirnerweichung erkrankt wären. Aber das Proletariat wird, dessen sind wir gemiß, einer solchen Partei rechtzeitig den wohlverdienten Fußtritt geben.

Proletarisches Notizbuch

Ein Vertrag Rußland—Tschechoslowakei. (WTB.) Nach einer Meldung der Reforma sind die Verhandlungen über die Hire-Anerkennung Sowjetrußlands in vollem Gange. Wie das Blatt weiter mitteilt, ist man der Ansicht, daß sich die nationaldemokratische Partei, die bislang einer Anerkennung Sowjetrußlands den größten Widerstand entgegensetzte, nunmehr bereitfinden lassen wird, bei den entscheidenden Verhandlungen im Interesse des Gesamtstaates. Die Tschechoslowakei wird demnach von seiten Rußlands bald auf der Liste der „Unterdrückten Staaten" stehen, die das Proletariat unterstützen muß.

•

Als Delegierte für die Weltwirtschaftskonferenz sind von der Regierung vorläufig in Aussicht genommen: Staatssekretär Trendelenburg, Reichstagsabgeordneter Lammers, der Vorsitzende der Enquete-Kommission v. Siemens und vom ADGB. der Gewerkschaftssekretär Eggerts. Als Vertreter der Landwirtschaft soll der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hermes der Delegation angehören. — Der Opfermut der Gewerkschaftsführer ist einfach grenzenlos.

Kleinbürger. Moskau hat in Brüssel eine internationale Konferenz der „Unterdrückten Völker" abgehalten, auf der sich alle Kleinbürger, die den Weg ins Proletariat nicht finden, austobten. Diese Konferenz diente natürlich lediglich den außenpolitischen Zwecken Rußlands, das die Bewegung der internationalen Bourgeoisie in den Kolonien über die proletarische Revolution stellt.

Gewerkschaftskarriere. Der preußische Innenminister hat den Bundesvorsitzenden Allgemeiner Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. h. c. Heinrich Meyer, endgültig zum Polizeipräsidenten von Duisburg ernannt.

Der Kommunistenfresser Jürgens, der als Landgerichtsdirektor unzähligen Proletariern unzählige Jahre Gefängnis und Zuchthaus aufbrummte, steht als gewöhnlicher kriminneller Verbrecher vor seinem Berufskollegen. Wie aus den Verhandlungen hervorgeht, ist der Ton ein absolut kollegialer. Es besteht kein Zweifel, daß er entweder freigesprochen, oder eine lächerlich geringe „Strafe" erhält. Die Proleten, die so ein Bursche „verurteilte", schmachten zum größten Teil weiter in den Zuchthäusern — von Rechts wegen.

Mitteilungen

Arbeitsausschuß. Sämtliche Genossen der BAA. der Partei müssen am Donnerstag, den 3. März zur Sitzung erscheinen. Pünktlich 7,30 Uhr. Wichtige Tagesordnung!

Oeffentliche Fraktionssitzung Germannstraße. Dienstag, den 1. März, mittags 12 Uhr, bei Thiel, Rückertstraße 7. Thema: Gewerkschaften oder Union?

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Druck: Druckerei d. Arbeiter-Literatur, Berlin O 17.

Sondernummer

8 Jahrgang **Kommunistische Arbeiter-Zeitung** Gratis

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Februar 1927
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7. Nr. 826 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36. Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,20 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal

Inst. Instituto Soc. Geschichte Amsterdam

Offener Brief an die K.P.D.

Anfang Dezember v. Js. machte die englische Zeitung „Manchester Guardian" ihre bekannten Enthüllungen über die Errichtung einer Flugzeugfabrik, einer anderen für Giftgase und einer weiteren für Granaten deutscher Firmen in Rußland im Auftrage der deutschen und im Einverständnis mit der russischen Regierung. Diese Kriegsfabriken, eingerichtet auf russischem Territorium, um die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu umgehen, sollen zur Bewaffnung Deutschlands gedient haben. „Manchester Guardian" machte auch die Mitteilung, daß in Stettin mehrere Schiffe mit Munition aus Rußland angelangt sind.

Trotzdem Tschitscherin, der in dieser Zeit in Berlin weilte, auf die Frage über die „Sowjetgranaten" laut „Rote Fahne" vom 7. 12. 26 antwortete: „Sowjetgranaten ... ta, „Made in England" oder vielleicht in der Berliner englischen Botschaft. Ich bin über die Internas nicht genau informiert"; trotzdem also Tschitscherin, der als Außenminister Rußlands am besten darüber informiert sein sollte, nicht den Mut hatte, die Wahrheit der Enthüllungen des „Manchester Guardin" zu leugnen, und sich mit der faulen Ausrede begnügte: „Ich bin nicht genau informiert" — fühlte sich Eure Presse, an der Spitze die „Rote Fahne", autorisiert, die obigen Enthüllungen als Lüge und Hetze gegen Rußland zu erklären — was selbst Tschitscherin nicht wagte.

Um die Verneinung der Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie mit ihrer weißen und schwarzen Reichswehr von Rußland bewaffnet worden ist, zu erleichtern, bediente sie sich einer demagogischen Methode. Sie wies, daß die SPD.-Presse und an ihrer Spitze der „Vorwärts" keinen Kredit unter der revolutionären Arbeiterschaft hat, deswegen benützte sie die Tatsache, daß der „Vorwärts" als erster die Enthüllungen des „Manchester Guardian" brachte, um sie für eine „Vorwärts"-Lüge zu erklären. Ihre Beweismittel bestanden weniger aus Argumenten gegenüber den Enthüllungen des „Manchester Guardian", als aus Erläuterungen der Motive der SPD. und ihrer Presse, aus welchen sie diese Enthüllungen groß aufzieht.

Wir glauben der SPD. und ihrer Presse, dem „Vorwärts" an der Spitze, so wenig oder vielleicht noch weniger als die Mitglieder der KPD. Wir wissen, daß es eine Heuchelei ist, wenn die SPD. — die Partei der Noske, Ebert und Scheidemann — sich gegen die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland zu entrüsten versucht. Wir wissen, daß die Enthüllungen des „Manchester Guardian" keine Neuheit für die SPD. sind, dem Ebert und ihre Minister von 1921/22 sind die Schrittmacher dieser Politik. Wir wissen, auch, daß sie sie letzt als Druckmittel auf die Regierungsparteien — hauptsächlich auf die Stresemann-Partei — ausnützte, um sie zu zwingen, mit ihr die Große Koalition zu bilden oder wenigstens die „stille" Koalition fortzusetzen.

Die wichtigste Frage für das revolutionäre Proletariat jedoch ist: ist es wahr, daß die deutsche Bourgeoisie im Einverständnis mit der russischen Regierung sich von privatkapitalistischen Firmen ohne Kriegsindustrie auf russischem Boden zum Zweck ihrer Bewaffnung bauen läßt?

Wir behaupten auf Grund von Dokumenten, die Eure Presse totschweigt, sowie auf Grund ihrer eigenen Zugeständnisse, daß die Bewaffnung der deutschen Konterrevolution durch Rußland, wo ihre Kriegsindustrie ist, eine Tatsache ist. Dazu führen wir folgende Dokumente und Beweise an:

1. Geständnisse der deutschen Bourgeoisie.

Das „Berliner Tageblatt", das Organ der Demokratischen Partei, deren Führer Rathenau gemeinsam mit Wirth die ersten Verträge zur Errichtung einer deutschen Kriegsindustrie auf russischem Boden mit den Bolschewiki geschlossen hat, schreibt in Nr. 575 vom 6. Dezember 1926 folgendes:

„Die Mitteilungen, die der „Manchester Guardian" und nach ihm der „Vorwärts" veröffentlicht hat, sind zum großen Teil richtig, dürften aber doch erst durch nähere Erläuterung in ihrem wahren Sinne und Umfang verständlich werden und betreffen eine Periode, die, wie versichert wird, abgeschlossen ist. Es wird, zum Verständnis dieser Vorgänge daran erinnert, daß im Jahre 1921 das Londoner Ultimatum kam, die deutsche Flugzeugfabrikation stillgelegt wurde und dann 1922 die ergebnislose Konferenz von Genua und der Rapallovertrag zustande kam, der schließlich die Ruhrpolitik Poincarés zum Einmarsch führte, infolge der Erkundigung, von welcher der deutsche Flugzeugbau betroffen wurde, erklärten mehrere deutsche Firmen Fabriken im Auslande. So ging Fokker nach Holland, Dornier nach Pisa. Das konnte geschehen, weil es nicht dem Versailler Vertrage widersprach, der nur die Ausfuhr von Kriegsmaterial, nicht die Auswanderung der deutschen Industrie verbietet.

Damals bemühten sich auch die Russen darum, solche kriegsindustriellen Anlagen zu erhalten, und verhandelten darüber, zur Zeit des Reichskabinetts Wirth-Rathenau, in Berlin. Die russischen Wünsche gingen, wie ja auch bei späterer Gelegenheit, auf ein Defensivbündnis, was man auf deutscher Seite schon deshalb nicht annehmen konnte, weil man nicht in der Lage war, eine Waffenhilfe zu leisten. Man rechnete aber mit der Möglichkeit eines polnischen Vorgehens, und in den damaligen Besprechungen dürfte wohl auch die Frage aufgeworfen worden sein, ob in einem solchen Falle Rußland bereit sein würde, einen militärischen Einfall der Polen in Deutschland zu verhindern. Das war die Situation, in der die Einrichtung von Kriegsindustriellen Werken auf russischem Boden erörtert wurde und auch übrigens gegen den Rat Eberts, Abmachungen darüber in privatwirtschaftlichen Formen zustande kamen.

Es wurden von deutschen Ingenieuren drei Fabriken in Rußland errichtet: Fabrikation von Junkerswerke, eine Granatenfabrik und eine Gasfabrik. Die Junkers-Werke kauften eine ältere Fabrikanlage und stellten sie für ihre Zwecke her, bauten aber nicht viele Flugzeuge, da ihnen das Metall Mühle und auch sonst unerschwingliche Verhältnisse herrschten. Auch für die beiden anderen Fabriken wurden alte Gebäude übernommen, die Gasfabrik wurde eingerichtet, funktionierte aber nicht, die Granatenfabrik dagegen kam in Betrieb. Natürlich konnte die Existenz dieser Unternehmungen, die von ehemaligen deutschen Offizieren geleitet wurden, den Entente nicht nicht verborgen bleiben. Ein Einspruch konnte indessen nicht erhoben werden, da, wie gesagt, die Verlegung der Industrie in das Ausland nicht im Widerspruch zu den Versailler Vertragsbestimmungen stand.

Als ein Verstoß gegen den Vertrag könnte es zweifellos bezeichnet werden, wenn Deutschland aus diesen ausländischen Fabriken Munition und Waffen bezogen hat. Von deutscher Seite wird darauf hingewiesen, daß es ebenfalls ein Vertragsverletzung gewesen sei, wenn die Ententemächte die zivile Luftschiffahrt verboten und die Munitionsherstellung in Deutschland lahmlegten. Indem man nur ganz wenigen, und nicht den leistungsfähigsten Firmen die Herstellung von Munition gestattete und übertrug, verhinderte man, daß die Reichswehr mit dem vertragsmäßig festgesetzten Munitionsquantum beliefert werden konnte. Um dem Mangel abzuhelfen, blieben Beziehungen bei der in Sowjetrußland errichteten Gasfabrik gesichert worden sein. Es hätte dann, so wird erklärt, eine vertragswidrige Handlung von beiden Seiten vorgelegen und die deutsche Vertragsverletzung wäre nur die Folge derjenigen gewesen, die auf der Ententeseite vorausgegangen war.

Von der industriellen Verbindung, die 1922 begann, haben anscheinend alle Reichskanzler, die Reichswehrminister und die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes Kenntnis gehabt. Der erste Kanzler, dem sie unbekannt blieb, war Herr Marx, aber als er das Kanzleramt übernahm, hatte sich die Lage der Dinge bereits wesentlich verändert. Die Locarno-Politik übte ihren Einfluß aus. Seit dem Abschluß des Locarno-Vertrages, so wird uns erklärt, sind in Sowjetrußland neue Bestellungen nicht gemacht worden, und das wurde auch deshalb ganz überflüssig, weil seit diesem halben Jahre Deutschland Munition in genügender Menge herstellen darf."

Aus dieser halbamtlichen (beachte: „so wird uns erklärt") Erklärung des „Berliner Tageblatt" enthüllen die Enthüllungen des „Manchester Guardian" ist zu ersehen, daß Deutschland im Einverständnis mit der russischen Regierung einen Teil seiner Kriegsindustrie nach Rußland verlegte und daß es bis zum Abschluß des Locarno-Vertrags Granaten von dort bezogen hat.

Nach den Ausführungen Scheidemanns im Reichstag über die Beziehungen zwischen der Reichswehr und Rußland, die sich im großen ganzen mit den Enthüllungen des „Manchester Guardians" und den Geständnissen des „Berliner Tageblatts" decken, sprachen Wirth und Haas. Trotzdem es ihnen peinlich war, über ihre vergangene Politik zu sprechen, haben sie nicht gar alles leise zugestanden — sie schlugen sich auf die Brust und verlangten von den Deutschnationalen und Völkischen, daß sie wenigstens nachträglich vor ihrer hochverräterischen Politik von 1921/22 den Hut abnehmen. U. a. sagte Wirth folgendes:

„Aber ein zweiter Gesichtspunkt tat sich auf. Das war die Frage, wie wir sich für uns verhielt. Nicht nur von deutscher Seite, nach von anderer Seite durch diplomatische Gespräche konnten wir uns damals davon überzeugen, daß zur Westgefahr eine Gefahr aus Osten, aus Polen und Deutschland hervorwachsen konnte.

In dieser Stunde der Entwicklung hat die damalige Reichsregierung — und ich persönlich hatte die Verantwortung in Händen — und hat auch der Herr Reichspräsident Ebert das getan, was zur Sicherung der Ostgrenze nötig war. . . . Von diesem Standpunkt aus gebunden haben wir auch die Politik mit Rußland begonnen, und ich stand an der Wiege dieser Politik, in der ich mich eins wußte mit großen Kreisen des deutschen Volkes, der Politik, daß wir mit Rußland nicht nur zum Frieden, nicht nur in der Rapallovertrag dazu kommen sollten, einen Strich unter die blutige Rechnung zu machen. . . Wir müssen deshalb in dieser Debatte streng scheiden zwischen der Frage der Sicherung der Ostgrenzen und dem, was törichterweise etwa sonst noch im Laufe der Jahre gemacht worden ist . . . Aber nun muß man doch zugeben, daß Torheiten im einzelnen gemacht worden sind, die mit Recht den Spott des sozialistischen Kritikers (der heißt Scheidemann N. R.) gefunden haben. (Reichstagsprotokoll der Sitzung 252).

Dr. Haas von der Demokratischen Partei, also von der Partei Rathenaus, führte seinerseits folgendes aus:

„Wir sind nicht dazu da, um, wenn ich so sagen darf, geschichtliche Vorlesungen hier anzuhören, sondern um Gegenwartspolitik und Zukunftspolitik zu machen.

Was uns nun bei dieser historischen Betrachtung in der Rede Scheidemanns so besonders gestört hat, war das: wenn man schon auf lose Jahre zurückgehen wollte, dann hätte frei und unbefangen gesprochen werden sollen, daß die ganzen Dinge Zentrum, Demokraten und Sozialdemokratie gemeinsam die Verantwortung tragen.

Dann hätte ausgesprochen werden müssen, daß alles, was damals geschehen ist gedeckt ist durch die Namen Ebert Wirth und Rathenau.

Mit Stolz hat Wirth sich gestern zu seiner Reichswehrpolitik bekannt, und wir Demokraten sagen: wir tragen mit Stolz die Verantwortung, die damals Rathenau übernommen hat, und es wäre es gut gewesen, wenn die Sozialdemokratie in der Erinnerung an Ebert erklärt hätte: auch wir tragen mit Stolz die Verantwortung, die damals Ebert in schwerer Stunde übernommen hat.

Weiter sagte Scheidemann, daß in jenen Zeiten unter Bruch des Versailler Vertrages aus der Herstellung des geringen Quantums der uns zugesagten Munition nicht bewilligt wurde. Wenn die andren den Vertrag gebrochen haben, wenn man uns die zugesagte Munition in Deutschland nicht herstellen ließ, dann hatten wir das Recht, sie anderweitig zu beschaffen. Also auch darauf gibt Scheidemann zu, daß die Regierung damals korrekt, vernünftig und zweckmäßig gehandelt hat. (Reichstagsprotokoll Sitzung 253)

Der völkische Graf Reventlow, der Mitarbeiter der „Roten Fahne" von 1923, der sich stark aufregte über die „landesverräterischen"